Deutscher Reichstag.

4. Sitzung vom 8. Juli, 11 Uhr.

Die Berathung der **Militärvorlage** wird fortgesetzt.

Abg. **Gröber** (Centr.): Meine Partei hat beschlossen, keine andere Stellung zur Vorlage einzunehmen als im früheren Reichstage, und zwar haben diesem Beschlusse alle die zahlreichen neuen Mitglieder unserer Partei zugestimmt. Wir halten die Vorlage weder politisch, militärisch, noch wirthschaftlich gerechtfertigt. Die französische Rekrutenquote, auf die man sich beruft, ist nicht ausschlaggebend, weil schon 1890 dasselbe Ergebniß wie heute dafür feststand. Um das Vaterland von der Rolle als Kriegsschauplatz freizuhalten, braucht man die Vorlage nicht. Wir sind stark genug den Feind zurückzuschlagen. Der Reichskanzler hat früher selber über die Rechnung mit Zahlendifferenzen gespottet, jetzt arbeitet er selbst damit. Man kann nicht mit Zahlen allein rechnen, weil viele taktische Nonvaleurs mit unterlaufen. Unser Bündniß mit Oesterreich muß fester werden. Es wird später nicht daran fehlen, daß das Ausbildungspersonal nicht reichen wird für das jetzt bewilligte Truppenmaterial und die jetzt gemachten Abstriche werden sicherlich zu Neuforderungen Anlaß geben. Auch bei der Marine wird man mehr fordern, denn die Forderungen sind in den letzten Jahren mühsam zurückgehalten worden. Man weist zur Begründung der Kriegsgefahr auf die Tumulte in Paris hin. Nun, eine Regierung, die durch Studentenkrawalle erschüttert wird, ist keine Kriegsgefahr. Auch ist das französische Volk so verdorben, daß ein Heer mit dem faulen Kern nicht zu fürchten ist. Das Drängen und Eilen ist in dieser Frage nicht am Platze. Da könnte man ja uns auffordern, telephonisch unsere Zustimmung zu geben. Da ist mir ein offener Militär-Absolutismus lieber als ein mit dem parlamentarischen Fetzenblatt verdeckter. Die Beunruhigung der Industrie wird verschwinden, wenn die Vorlage verschwindet, und ich hoffe fest, das Frhr. v. Stumm den Genius der Großindustrie anrufen wird, damit er aus seinem Füllhorn die Kosten der Vorlage deckt. (Zustimmung im Centrum und links). Ein großer Theil des Volkes wird in immer steigende Verbitterung versetzt durch die wiederholten Militärvorlagen und hat ihre Spitze gegen das monarchische Prinzip und gegen Preußen, eine Spitze, die in einen blöden Partikularismus ausläuft. Die Vorlage wird vielleicht angenommen mit einigen wenigen Stimmen Mehrheit von Abgeordneten, deren Mandate vielleicht bald kassirt werden und die keine Ahnung von der Deckungsfrage haben. Es ist nicht offen und ehrlich uns nicht zu sagen, woher die Deckungsmittel genommen werden sollen. Eine solche Politik verdient kein Lob, höchstens ein solches, wie es beim Pferdehandel vorkommen mag. (Zustimmung im Centrum und links.) Man sieht ein, daß, wenn man die Karten über die Deckung offen legt, eine Mehrheit für die Vorlage nicht zu finden ist. Daß man sagt, man werde die Kosten auf die stärksten Schultern legen, das ist eben der Speck in der Mausefalle, den die Regierung legt. Man könnte, nachdem man so lange gewartet seit 1890, ruhig bis zum Herbst warten. Wir werden einfach pure die Vorlage ablehnen. (Lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Abg. **v. Bennigsen** (nl.): Ich möchte mich zunächst gegen diejenigen Aeußerungen des Vorredners wenden, welche sich auf militärischem Gebiete bewegt haben. Nach seinen Worten müßte man glauben, daß wir in Deutschland diejenigen sind, welche ohne Noth von Jahr zu Jahr Veranlassung zu den stärkeren Rüstungen geben. Und doch versichert die Regierung schon seit Jahren, daß sie zu diesen Rüstungen gezwungen wird durch die schwierige geographische europäische Lage, in welcher sich der neue deutsche Nationalstaat gegenüber Nachbarstaaten ersten Ranges befindet, welche unter Umständen eine Koalition gegen Deutschland eingehen können, und in denen alljährlich die Rüstungen bis ins letzte Jahr hinein vermehrt worden sind. Der Vorredner hat sich bemüht, uns zu versichern, daß wir Frankreich gegenüber schon jetzt vollkommen ausgerüstet seien, um auch einen Krieg über unsere Grenzen hinaus angriffsweise in Frankreich hineinzubringen. Ich kann der Autorität des Vorredners auf strategischem Gebiete doch nicht dasselbe Gewicht beilegen wie unseren sämmtlichen deutschen Autoritäten seit Jahren. (Sehr richtig! rechts.) Der Vorredner meint auch, daß es ja bei unseren jetzigen Hilfsmitteln gar nicht erforderlich sei, weit nach Frankreich hineinzudringen, den größten Theil des französischen Bodens zu überschwemmen, es würde genügen, wenn unmittelbar hinter den Grenzen Frankreich eine große Niederlage beigebracht würde. Hat der Herr während des Kriegsjahres 1870/71 geschlafen? Trotz Metz und Sedan, trotz der Einschließung von Paris, wo in ganz Frankreich nur eine einzige Division von der französischen Feldarmee noch intakt war, hat Frankreich gar nicht daran gedacht, Frieden zu schließen, sondern hat einen Volkskrieg entfesselt, der unseren vorzüglichen Truppen und mit ihrer genialen Führung noch monatelang große Schwierigkeiten bereitet hat. Und jetzt soll auf einmal nach einer von Frankreich verlorenen Schlacht in Lothringen oder bei Langres dasselbe Frieden mit uns schließen? Nein, so wird die Sache nicht laufen. Nun heißt es weiter, in Frankreich sei man gar nicht so kriegerisch gesinnt; auch die Gründe, die man aus dieser jetzigen aufrührerischen Bewegung in Paris hernähme, sprächen eher gegen die Nothwendigkeit neuer Rüstungen als für dieselben. Da haben wir doch aus der französischen Geschichte ganz andere Erfahrungen. (Sehr richtig.) Worin liegt denn die Gefahr in einem großen, militärisch sehr ernst veranlagten nationalen Ganzen, wenn eine schwache Regierung vorhanden ist? Die Gefahr liegt darin, daß ein Ehrgeizger, sei es ein Politiker oder ein General, mit dieser schwachen Regierung aufräumt, sich die Macht aneignet und dann mit dem ausgezeichneten Rüstzeuge, welches eine solche kriegerische Nation in seiner Armee besitzt, zu auswärtigen Abenteuern übergeht. (Zuruf links: Boulanger lebt nicht mehr!) Ist denn das der einzige Franzose, der zu solchen militärischen Unternehmungen fähig gewesen wäre? Das haben wir doch in der französischen Revolutionszeit gesehen: die Nation ist militärisch derart glücklich veranlagt, daß da die großen Generale aus dem Boden herauswachsen, aus dem Unteroffiziers- und Offiziersstande hervorgegangen sind und nicht nur die Welt zum Erstaunen gebracht, sondern die großen Armeen der alten europäischen Staaten niedergeworfen haben. An kriegerischen Talenten wird es Frankreich nicht fehlen, und wenn die bestrige Regierung schwach geworden, dann wird über kurz oder lang auch wohl ein militärischer Abenteurer eine starke Regierung herstellen, wie es früher auch schon der Fall war. Nun meint der Herr weiter, die Korruption wäre in Frankreich so groß, daß man dies Land militärisch nicht zu fürchten brauchte. Kann der Herr behaupten, daß diese Korruption, die sich ja leider in den höheren Klassen in Paris, auch in den Regierungsklassen und den parlamentarischen gezeigt hat, auch schon die Armee so sehr beeinflußt hat, daß sie korrumpirt ist? Die Unteroffiziere der französischen Armee würden Ihnen sagen, eine solid und tüchtig ausgebildete Armee, wie sie in Frankreich besteht, ist hier noch nie vorhanden gewesen. Und da wollen Sie von einer allgemeinen Korruption in Paris reden, und meinen, deshalb brauchten wir die französische Armee nicht zu fürchten? So einfach ist die Sache doch nicht. In Paris handelt es sich auch nicht um Studentenunruhen, sondern um die ganz anarchistisch-revolutionäre Bewegung, die dahinter steckt (Widerspruch bei den Sozialdemokraten). Alle diese Zustände nöthigen unsere Reichsregierung, mit der größten Sorgfalt die Vorgänge in Frankreich zu beachten und sich durch die beruhigenden Elemente, die der Vorredner daraus entnimmt, nicht irre machen zu lassen. In der Militärkommission ist unwiderleglich nachgewiesen, daß die Franzosen uns sowohl in der Friedenspräsenz, als in der Zahl der Rekruten sowie auch in der Beschaffenheit ihrer Kadres für die Mobilmachung, speziell seit 1889, überlegen sind. Wenn nun jetzt die Regierung uns sagt: Wir Deutschen, die einen neuen Nationalstaat in der schwierigsten Lage zu vertheidigen haben, weil ein verlorener Krieg viel mehr bedeutet, als der Verlust einer Grenzprovinz, wir können, wenn unsere wiedergewonnene nationale Existenz erschüttert zu werden droht, wenigstens das verlangen, daß wir jedem dieser beiden militärischen bedeutenden Nachbarn, Frankreich und Rußland, einzeln gewachsen sind — Frankreich gegenüber können wir das umsomehr verlangen, als wir diesem um 11 Millionen an Einwohnern überlegen sind — so sollte man doch meinen, daß dies Verlangen nur allzu gerechtfertigt wäre. (Beifall rechts.) Der Herr Vorredner scheint allerdings zu meinen, daß, wenn in Frankreich auch einige Blätter von Krieg und Revanche reden, man doch dort im ganzen nicht so schlimm gegen uns denke. Woher der Herr diese seine Auffassung nimmt, ist mir in der That ein Räthsel. Der Staatsmann, der versuchen sollte, nur durch Andeutungen den Revanchegedanken der Franzosen entgegenzutreten, wäre in seiner Stellung, auch für seine ganze Zukunft, einfach verloren. (Sehr richtig!) Wie ist es dem talentvollsten Staatsmanne Frankreichs, nächst Gambetta, Jules Ferry gegangen? Seine ganze politische Existenz ist zerstört worden, weil man ihn aus einzelnen vorsichtigen Andeutungen im Verdachte hatte, daß er das Volk ablenken wolle von der Wiedergewinnung Elsaß-Lothringens. (Sehr richtig!) Haben Sie denn alle in diesem Jahre die Aeußerung vergessen, die hervorragende französische Staatsmänner und Offiziere bei feierlichen Gelegenheiten, in wissenschaftlichen Werken, in Broschüren, immer wieder wiederholt haben, daß die gloire der Franzosen nur wiederherzustellen sei durch einen Sieg über die Deutschen, durch Wiedergewinnung der verlorenen Provinzen? Das geht so weit, daß dieser Gedanke auch in die Schulbücher der Kinder hineingetragen wird. (Sehr richtig!)

Nachdem sich die Regierung davon überzeugt hatte, daß die Heeresverstärkung auf Grund der dreijährigen Dienstzeit dem Volke zu große Lasten auferlegen würde, hat sie diesen ihren ersten Entschluß aufgegeben und sich entschlossen, die zweijährige Dienstzeit einzuführen und hat auch nur die allernothwendigsten Forderungen gestellt, aber versichert, jetzt nichts mehr nachgeben zu können, wenn anders nicht durch die Organisation eine Verschlechterung eintreten soll. Ich selbst habe früher geglaubt, daß vielleicht noch ein Nachlassen möglich sei, doch habe ich mich nach den Verhandlungen in der Kommission und nach den Erklärungen der Sachverständigen davon überzeugen müssen, daß wir entweder die zweijährige Dienstzeit mitsammt der bedeutenden Verstärkung der Armee oder überhaupt nichts erreichen können.

Es ist darauf hingewiesen, daß die Deckungsfrage jetzt nicht mehr die aktuelle Bedeutung hat. Herr Gröber hat in Bezug auf diesen Punkt gesagt, es wäre so eine Art Bauernfang, daß man die Deckung zurückstellt, um die militärische Forderung allein zum Abschluß zu bringen. Doch das ist ein circulus vitiosus: Denn wenn man zuerst die Deckungsfrage erledigte, so würde es heißen: Die Ausgaben stehen noch nicht fest. So drehen diejenigen, die der Sache ablehnend gegenüberstehen, die Angelegenheit so oder so. (Heiterkeit.) Wenn wir nun aber überzeugt sind — und ich hoffe das von der Mehrheit des Reichstages — daß die Armeeorganisation eine nothwendige ist, so muß sie eben beschlossen werden und alsdann wird es auch unsere Aufgabe sein, nach möglichst gerechten Steuern zu suchen und uns über dieselben zu verständigen.

Es war mir erfreulich, daß gestern der Herr Reichskanzler, und zwar in bestimmterer Form, als das bei der Thronrede der Fall war, die bisherigen Deckungsvorlagen hat fallen lassen. Ueber die lange Reihe vorgeschlagener Steuerprojekte, die in der Presse besprochen worden sind, will ich mich jetzt noch nicht auslassen, zumal es ja auch nicht die Aufgabe des Reichstages ist, neue Steuerprojekte aufzustellen, sondern ein nobile, wenn auch nicht das angenehmste, officium der Regierung. Nur eins möchte ich hervorheben, daß wir nämlich noch keine Luxussteuer haben. Es ist ja richtig, daß man das Hin- und Herdrehen und die einzelnen Luxussteuern kombiniren kann. Das, was abgesehen von dem vermehrten Ertrage aus der Börsensteuer noch fehlt, dürfte ja allerdings nicht durch die Luxussteuer gedeckt werden können, doch würde sie sicherlich einen nicht unerheblichen Ertrag liefern. Mir ist von einem sachverständigen Mitgliede des Hauses gesagt worden, daß z. B. in England und Frankreich die Luxussteuern, kombinirt, die Summe von 15 Millionen Mark bringen. Es würde sich also, glaube ich, sehr empfehlen, auch diese Steuern in Betracht zu ziehen. Es ist bereits die Rede davon gewesen, daß es, schon um der wirthschaftlichen Lage im Lande willen, nicht gerathen sei, die Berathungen zu verzögern. Diese Absicht ist offenbar auch bei keiner Partei vorhanden. Auf eine Kommissionsberathung ist ja auch von allen Parteien, so viel ich weiß, verzichtet worden, und so werden wir wohl am Ende nächster, oder zu Anfang der darauf folgenden Woche die Sache zum Abschluß bringen können, hoffentlich in Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen.

Es ist auch meines Erachtens kein Zweifel, daß sich im vorigen Herbst nicht nur in der Textilbranche, sondern auch in andern Zweigen der Industrie ein erfreulicher Anfang zur Besserung gezeigt hat. Aber die Unruhe wegen des Schicksals der Militärvorlage hat auf diesen Aufschwung unzweifelhaft nachtheilig eingewirkt. (Sehr richtig!) Es ist mir auch gesagt worden, daß diese Zustände wesentlich dazu beitragen, das Gewicht, welches Deutschland für die Aufrechterhaltung des Friedens in die Wagschale zu legen hat, zu verringern, überhaupt auch unsere politisch diplomatische Autorität hinunterzudrücken, zumal wenn wir wirklich Jahre lang in einem solchen Gegensatz zwischen Volksvertretung und der Regierung, besonders, wenn es sich um Lebensfragen der Nation handelt, leben würden. Das sind Sachen, so elementar, daß sie gar nicht ernsthaft bestritten werden können. Wenn es sich nun aber darum handelt, daß der Aufschwung in der Industrie durch eine Verlängerung dieser Krisis noch mehr verhindert werden kann, so sind in nicht unerheblichem Maße dabei auch die Interessen der Arbeiter betheiligt. (Sehr richtig! rechts.) Das wissen ja die Herren von der linken Seite am besten. In der Hinsicht waren ja schon verschiedentlich wegen des Rückganges in der Industrie Arbeiterentlassungen und Herabsetzungen von Löhnen erforderlich. Und da man einsah, daß die Unternehmer in einer solchen Lage nicht anders verfahren können, hat man sich auch nicht dazu entschlossen, diesen Maßregeln mit Strikes usw. entgegenzutreten. Hier handelt es sich also um gemeinsame Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Der Abg. Payer hat gestern gesagt — und Herr Gröber scheint das auch beinahe anzunehmen, eine kleine Majorität möchte ja wohl für die Regierungsvorlage vorhanden sein. Herr Payer, nebenbei bemerkt, der Führer der kleinsten Partei im Hause, hat sich nun berechtigt gehalten, zu sagen, in der Mehrheit für die Vorlage befänden sich sicherlich eine Anzahl Personen, die gegen ihre Ueberzeugung, aus politischen Gründen, für die Vorlage stimmen werden. Woher nimmt denn Herr Payer die Legitimation zu solchen Insinuationen? (Sehr wahr! rechts.) Wenn ich Herrn Payer umgekehrt dasselbe sagen wollte, wenn ich sagen wollte, er stimme nur deshalb dagegen, weil er gegen die jetzigen Staatseinrichtungen in Deutschland ist, was würde er dazu sagen? Ein solcher Vorwurf würde von mir unberechtigt sein, und seiner ist es gerade so. (Sehr gut! rechts.)

Ich will nun jedenfalls die Hoffnung festhalten, daß sich eine wenn auch kleine Mehrheit für die Militärvorlage finden wird, und insofern ist eine Aenderung in der Zusammensetzung des Reichstages durch die Wahlen herbeigeführt. Sie sagen zwar, das wäre durch allerlei Manöver gemacht worden, und die Leute wären vielleicht gar nicht einmal so sehr geneigt gewesen, für die Militärvorlage zu stimmen; da kommen also auch allerlei andere Gründe hinzu. Ich glaube, daß die Gegner der Militärvorlage eine große Sorge gehabt haben. Eine Reihe von Erscheinungen sind dafür bezeichnend gewesen, daß die Militärvorlage als solche ausschließlich die Wahlparole bildete. Und man hat sich bemüht, in aller Art darauf hinzuweisen, der Reichstag habe mit viel mehr Sachen zu thun; wenn die Militärvorlage längst erledigt wäre, käme die Frage einer reaktionären Mehrheit usw., und deshalb handele es sich gar nicht um die Militärvorlage, sondern um die Verminderung einer Kartellmehrheit, um die Aufrechterhaltung und den Einfluß einer großen, entschieden radikalen Partei und der Sozialdemokraten. Was heißt das? Daß man also geglaubt hat, in die Wahlbewegung müssen noch ganz andere Dinge hineingeworfen werden. Mit der Militärfrage allein hätte man die Wahlbewegung nicht beherrschen können. Wie ist es denn gekommen, daß diejenige Partei, welche den entschiedensten und hartnäckigsten Widerstand geleistet hat, daß Abg. Richter und seine Freunde so zerschmettert aus der Wahlbewegung hervorgegangen sind? Das ist ein nicht mißzuverstehendes Verdikt aus den Kreisen, auf welche sich diese Herren bisher gestützt haben. Das ist allerdings das Merkwürdigste in der ganzen Wahlbewegung, daß ein Mann von seiner Bedeutung, eine Partei von dem Umfange zunächst nicht einen einzigen Mann aus der Wahlurne hervorbringen konnte, sondern nur mit Hilfe anderer Parteien in der Stichwahl zu dieser so bedeutend herabgeminderten Zahl an Mitgliedern gekommen ist. Auch sonst ist die Sache keineswegs so erfreulich für die oppositionelle Richtung gegen die Reichsregierung auf anderen Gebieten verlaufen. Auch die konservative Partei ist aus der Wahlbewegung nicht verstärkt hervorgegangen, wie gestern Frhr. v. Manteuffel sagte, sondern ungefähr in derselben Zahl wiedergekommen. Oder rechnet er etwa die Antisemiten dazu, die trotz der Tivoliversammlung zum Theil gegen seine eigenen Parteifreunde in den Reichstag hineingewählt worden sind? Das ist doch wohl nicht möglich. Ebensowenig hinfällig ist somit auch die Behauptung, diese Bermehrung der konservativen Partei stamme daher, daß seine Partei sich besonders der Interessen des kleineren und mittleren Gewerbestandes angenommen habe. Daran haben die liberalen Parteien und das Centrum mindestens den gleichen Antheil und wenn wir an das preußische Abgeordnetenhaus und seine Steuervorlagen denken, so können sich diese Parteien in Bezug auf Fürsorge für die unteren Klassen sicher noch etwas mehr Verdienst zuschreiben, als die Partei des Frhrn. v. Manteuffel. Trotz aller Prophezeiungen über die Abwirthschaftung, die vollkommene Auflösung der Mittelparteien, was ist denn nun das Kennzeichnendste in dieser Wahlbewegung gewesen? Gerade die Mittelparteien sind absolut und verhältnißmäßig am stärksten aus der Wahlbewegung hervorgegangen, sie werden also wohl die Berechtigung ihrer Existenz auch künftig haben. Verhältnißmäßig sind sie namentlich auch noch stärker aus den Wahlen hervorgegangen als die Sozialdemokraten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Das ist selbstverständlich. Wenn der Einfluß der sozialdemokratischen Führer, der Partei und ihrer Organe auf die großen Arbeitermassen so bedeutend wäre und bedeutend im Wachsen wäre, wie es immer geschildert wird. Einen ganz anderen Zuwachs haben die Sozialdemokraten mit größter Sicherheit erwartet. Die sozialdemokratische Partei gab als Parole bei den Stichwahlen aus: Absolute Wahlenthaltung gegenüber den übrigen „reaktionären Bourgeoisparteien", was allerdings nicht gehalten worden ist. Andere Parteien, Centrum, Welfen, Freisinnige und süddeutsche Volkspartei leisteten derselben in der Stichwahl Gegendienste in der Hoffnung, daß eine solche Liebe auch erwidert würde. Ab und zu ist das auch erfolgt, aber ich möchte doch sagen, daß insofern die jetzige Wahlbewegung nicht so ausgefallen ist, als manche fürchteten, da nicht so viele von anderen Parteien für Sozialdemokraten gestimmt haben, wie das leider früher geschah. Darum möchte ich mich für berechtigt halten, das Urtheil auszusprechen, daß meiner Ansicht nach diese sozialdemokratische Bewegung ihren Höhepunkt erreicht hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Herren lachen darüber. Woher kommt es denn, daß sie immer mehr mit dem eigentlichen sozialdemokratischen Programme auch hier im Reichstage zurücktreten? Wo ist denn das Programm geblieben? Haben doch die Herren, den Jüngeren und Naiveren auf das Verlangen, das Programm im Einzelnen darzulegen, geantwortet: Ach was! Das findet sich in der Zukunft. Das ist eine unberechtigte Neugierde; wir vertreten eure Interessen und damit basta! So — vielleicht in etwas höflicherer Form — haben Sie die Sache behandelt. Wenn die deutschen bürgerlichen Parteien, die ein gemeinsames Interesse haben, zusammenarbeiten in der Bekämpfung der Sozialdemokratie, dann würe die Partei und ihre Anhängerschaft niemals so weit gekommen. Leider aber weil diese Parteien, die älter sind, politisch und wirthschaftlich in langem Kampfe gegen einander befangen sind, weil ihre Führer zum Theil persönlich mit einander verfeindet sind, darum ist es möglich geworden, daß sie in ihren Differenzen stärker sind als in der gemeinsamen Abwehr der Sozialdemokratie, und das ist der Hauptvorzug, den die Sozialdemokraten in Deutschland gehabt haben. Sonst wären sie lange nicht so weit gekommen.

Nun noch ein Wort von den Mittelparteien. Diese, namentlich die liberale gemäßigte Partei, sind aus dem Wahlkampfe sogar verstärkt hervorgegangen. Es ist etwas Charakteristisches für unsere Zustände, daß zur selben Zeit, wo der mehr radikale Liberalismus einen solchen Rückgang erfährt, die Nation die gemäßigten Liberalen in einer solchen Stärke in den Reichstag gesandt hat. Wenn alles so gegangen wäre, wie Herr Richter und seine Freunde es seit 1867 gewollt haben, was hätten wir dann von unseren öffentlichen Einrichtungen, in der Verfassung, in organisatorischen und anderen Gesetzen? Nichts ist mit seiner Zustimmung zustande gekommen. Alles ist nur zustande gekommen mit Hilfe oder die Initiative der gemäßigten liberalen Partei und deren Einfluß ist so stark gewesen, daß der eigentliche reaktionäre Flügel der Konservativen noch heute nicht Herrn Richter und seine Freunde, sondern die gemäßigt liberale Partei als ihren eigentlichen Feind bekämpft.

Herr Gröber hat nun noch gemeint, die Aeußerungen in der Thronrede, auch die des Herrn Reichskanzlers deuteten auf eine allgemeine durchaus friedliche Lage, die vielleicht auch in den nächsten Jahren nicht gestört werden würde. Es ist aber doch gerade hervorgehoben worden, daß, wenn die Lage nicht so friedlich wäre, die Regierung es garnicht würde unternehmen können, eine so umfassende Aenderung unserer Heeresorganisation vorzunehmen. Was wir hier wollen, das bedeutet die Sicherung des Friedens für die Zukunft und die Sicherung in Bezug auf die Durchführung eines Friedens.

Es wurde darauf hingewiesen, daß der Partikularismus und eine allgemeine Unzufriedenheit in den letzten Jahren erheblich hervorgetreten wäre, was die Regierung durchaus beachten müßte. Ich will nicht bestreiten, daß der Partikularismus in den letzten Jahren hier und da stärker hervorgetreten ist, und ich bin noch immer zweifelhaft, ob der Reichstag in seiner neuen Besetzung im Stande sein wird, dem entschieden entgegenzutreten. Denn auch der neue Reichstag bildet einen Ausdruck für diese politisch partikularistischen Gegensätze, die in Deutschland vorhanden und niemals völlig beseitigt sind, auch nicht bei der Begründung unserer Verfassung im Jahre 1871. Eins möchte ich noch hervorheben: wenn partikularistische Strömungen in Deutschland augenblicklich stärker hervortreten, dann sind jedenfalls die partikularistischen Tendenzen in den Kreisen der Regierungen und der regierenden Dynastien nicht in dem Maße vorhanden, wie das früher vielfach der Fall gewesen ist. Wir wissen ja alle, daß die große nationale Bewegung vom Jahre 1848 allerdings an der Unklarheit und Uneinigkeit in der Nation, aber vorzugsweise an dem Widerstreber und dem Partikularismus der Regierungen und der Dynastien gescheitert ist. Jetzt haben wir das Schauspiel, daß die nationale Gesinnung, die Hingebung an die Aufgaben, an das Schicksal der Nation in den deutschen fürstlichen Dynastien und den deutschen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930710024/fragment/page=0001

Regierungen überall kräftig entwickelt und vorhanden sind, und in der größten Einmüthigkeit in dem Vorgehen der Vertreter der verbündeten Regierungen im Bundesrathe auch bei dieser Vorlage hervortreten. Und das geschah nicht unter dem übermächtigen Einfluß des früheren Reichskanzlers, sondern auch jetzt in den ruhigeren Verhältnissen nach so und so viel Jahren. Wenn in den regierenden Kreisen bis zu hohem Grade der Parikularismus überwunden ist, dann sollten wir, die Vertreter der Nation, vor allen Dingen den Beruf empfinden und sollten das zur Geltung bringen, gerade bei solchen wichtigsten Lebensaufgaben der Nation, wie diese militärische Organisationsfrage ist, daß wir auch in uns den Partei- und Interessengegensätzen, auch kirchlich, politisch und wirthschaftlich so weit überwinden, daß vor allen Dingen auch für die Fraktionsführer ein Zusammenwirken im Reichstage möglich ist, sich allmälig eine feste Mehrheit bildet und auch ein Zusammenhang in der Thätigkeit zwischen Reichstag und Regierung.

Wenn der Reichstag die Bedeutung behaupten soll, welche die Nation bei der Schaffung unserer Verfassung ihm beimaß, dann wird vor allem von ihm verlangt werden, daß er in Lebensaufgaben der Nation, in Fragen, die an die Existenz der Nation heranreichen, zu einem festen Entschlusse zu kommen und ihn durchzuführen imstande ist. Ist das auf die Dauer nicht möglich, sind auf diesem Gebiete in den Augen der Nation die verbündeten Regierungen diejenigen, welche das nationale Interesse in höherem Maße erkennen und wahrnehmen, dann ist allerdings zu besorgen, daß das Ansehen des Parlaments tief darunter leiden wird, und wenn jetzt Neigungen in Deutschland sein sollten, etwa der verfassungsmäßigen Stellung des Parlaments entgegenzutreten, dann wird es natürlich auf das Aeußerste erleichtert, wenn es einem deutschen Parlamente nicht gelungen ist, sich diejenige Position zu behaupten, welche bei Schaffung der Verfassung ihm von der Nation hat mit Recht eingeräumt werden sollen. Die deutsche Nation hatte damals bei der Gründung der Einheit nicht blos auf die einheitliche Centralgewalt, auf die einheitliche Vertretung der deutschen, der nationalen, militärischen, diplomatischen Interessen, nein auch auf die Mitwirkung der Nation durch ihre Vertreter im Parlamente den größten Werth gelegt, darauf, daß die Nation selbst berufen sein sollte, an der Führung seiner Geschicke mit Theil zu nehmen. Und wehe dann, wenn jemals die Uneinigkeit oder auch die geringe Leistungsfähigkeit im Parlamente und Parlamentsmajoritäten die Hoffnung der Nation täuschen sollte! Hier, wo die Regierungen einig sind, wo sie ihre Mittel ihm, wo sie eine große Reformaufgabe in die Hand nehmen, wo sie den Frieden nach wie vor durch das Schwergewicht ihrer Autorität sichern wollen, wo sie uns die Garantie geben wollen, mit verstärkter Rüstung einen uns etwa aufgezwungenen Krieg siegreich durchzuführen, da ist es auch Aufgabe der Nation und Volksvertretung, großsinnig an der Führung der Geschäfte der Nation mitzuwirken und hoffentlich wird die Vertretung auch dieser ihrer Aufgabe gerecht werden. (Lebhafter Beifall.)

Reichskanzler Graf **v. Caprivi:** Was uns der Abg. Gröber gesagt hat, haben wir oft genug gehört auch von den Bänken der freisinnigen Volkspartei und der Sozialisten. Es sind eben demokratische Anschauungen, etwas, was mich nicht in Erstaunen gesetzt hat, seitdem wir in der Zwischenzeit mit Emphase haben verkünden hören, daß die demokratische Richtung im Centrum zunimmt, daß man eine Umwandlung von einer konfessionellen in eine politisch-demokratische Partei beabsichtigt. (Widerspruch im Centrum.)

Auf einen demokratischen Ton war ich gefaßt. Dagegen begreife ich nicht, wie man mein Verhalten als unehrlich bezeichnen will, wenn ich Ideen nicht sage, die ich zum Theil nicht weiß, und wenn ich andere Dinge nicht aussprechen, weil ich voraussehe, daß sie in mancher Beziehung, vor allem aber im Erwerbsleben beunruhigen könnten, die sich später als unnöthig herausstellen. Vielleicht ist dieser Vorwurf auch ein Zeichen demokratischer Gesinnung. (Heiterkeit.) Herr Gröber wirft mir vor, daß ich früher über Beunruhigungen gespottet habe, jetzt aber selbst beunruhige. Ich spotte immer über unnöthige Beunruhigungen, vollends dann, wenn ich glaube damit beruhigen zu können. Auch diese Vorlage hat nicht die Absicht zu beunruhigen. Herr Gröber will den Staatsmännern nicht so viel Soldaten geben, um sie vom Kriege abzuhalten. Auch der Abg. Lieber hat ähnliches ausgesprochen und sogar gesagt, je mehr Soldaten wir haben, desto mehr werden todtgeschossen. Mit derselben Berechtigung könnte man einfach folgern: je mehr unsere Bevölkerungsziffer wächst, desto mehr wachsen die Todesfälle (Heiterkeit), und die Konsequenz wäre: am liebsten haben wir keine Soldaten, dann könnte keiner todtgeschossen werden.

Man kann nicht die Frage stellen: wir sind Anhänger der Quantität oder der Qualität, sondern jeder Soldat wird zugeben, daß die Quantität eine Grenze hat und die Qualität auch.

Die Sozialdemokraten haben auf die Vorzüge der Miliz hingewiesen, indem sie die Kriege in Amerika, auf den spanischen Inseln und in der Vendée als Beispiel aufführten, aber alle drei Fälle sind für ihre Behauptungen grundfalsch; denn für die lange Dauer des Krieges in der Vendée war der Royalismus und der Katholizismus maßgebend. (Sehr richtig!) Je schlechter eine Truppe ist, desto länger, blutiger und unsicherer ist der Krieg. Für den Satz, daß auch die besten Truppen bei ungenügender Qualität nicht imstande sind, einen endlichen Erfolg zu erreichen, verweise ich auf das Beispiel der Schlacht bei Bionville. Dort standen zunächst 63,000 Deutsche gegen 113,000 Franzosen. Die deutsche Armee gewann zwar die Schlacht, konnten aber den Sieg nicht ausnützen. Wir konnten die Franzosen erst wieder angreifen, als 187,000 Deutsche 112,000 Franzosen gegenüberstanden. Wir hätten also niemals einen wirklichen Erfolg erringen, wenn wir nicht in der Lage gewesen wären, unsere Truppen in zwei Tagen zu verstärken. Wir würden auch kein Sedan gehabt haben, wenn wir nicht die Uebermacht gehabt hätten, die Franzosen zu umzingeln. Das Urtheil aller Autoritäten geht dahin, wir wären nicht zahlreich genug, um einen etwaigen Krieg siegreich belieben zu können. Die verbündeten Regierungen können von dem, was sie Ihnen jetzt vorgeschlagen haben, nicht abgehen. (Beifall rechts.)

Abg. **Preiß** (Elsäßer): Im Namen derjenigen meiner Landsleute, die keiner Fraktion angehören, erkläre ich, daß wir nach wie vor gegen die Vorlage stimmen werden. Wir lassen uns dabei von den Gründen, welche die Abgg. Bayer und Gröber angeführt haben, leiten. Man hat uns in der Presse häufig deutschfeindlicher Anschauungen angeschuldigt, weil wir gegen die Militärvorlage gestimmt hätten. Wenn wir gegen die Militärvorlage stimmen, so sind wir dabei in Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Deutschen Reichstages und des deutschen Volkes. (Widerspruch rechts.) Anfeindungen und Drohungen lassen uns, von welcher Seite sie auch kommen mögen, jetzt und in Zukunft vollständig kalt. Auch wir Elsäßer fürchten nur Gott und sonst niemand, wir stimmen nach Pflicht und Gewissen gegen die Militärvorlage. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. **Böckel** (Antisemit von der Deutschen Reformp.): Die Bewilligung der Soldaten ist vollständig werthlos, wenn sie allein erledigt wird, ohne daß bestimmte Garantien dafür gegeben werden, woher die Steuerquellen für die Deckung der Ausgaben genommen werden sollen. Wir geben gern zu, daß in dieser Beziehung gegenwärtig unsere Stellung zur Regierung sich etwas geändert hat, aber wir müssen noch weitergehende Garantien haben. Wir haben im Wahlkampfe die Parole ausgegeben: Die Soldaten vom Volke, die Gelder aber von den Reichen. Der Reichskanzler ist in seiner gestrigen Rede etwas entgegengekommen, aber wir können uns trotzdem mit diesen Erklärungen nicht zufriedenstellen. Er hat sich in Bezug auf die Börsensteuer ziemlich klar, in Bezug auf die anderen Steuern etwas unklar ausgesprochen. Ich wünschte, daß er auch die anderen Steuerfragen außer der Börsensteuer heute etwas klar darlegte, damit wir sowohl unseren Wählern, als überhaupt unserem Programme entsprechend Stellung zur Militärvorlage in einem bejahenden Sinne nehmen können.

Daß wir im verflossenen Reichstage mit Nein geantwortet haben, hat wesentlich darin seinen Grund, daß die Regierung zugleich mit der Militärvorlage die Erhöhung der Branntwein- und Biersteuer verlangte. Wir waren der Ansicht, daß die Branntwein- und Biersteuer mit der Militärvorlage zusammenhänge. Heute, nachdem diese Steuern gefallen sind, wären wir geneigt, falls eine größere Klarheit über die Steuern geschaffen wird, für die Militärvorlage zu stimmen.

Wir verlangen eine bestimmte Erklärung des Reichskanzlers, daß keine neue Konsumsteuer, keine Bier-, keine Tabak-, keine Branntweine oder sonstige Verzehrungssteuer gefordert werden soll, und von dieser bestimmten Erklärung machen wir unsere Stellung zur Militärvorlage abhängig. Wir wollen aber auch keine neue Reichsanleihe. Die Reichsschulden haben schon die Höhe von zwei Milliarden erreicht. Hohe Staatsschulden bergen die Gefahr in sich, daß der Staat desto mehr in Abhängigkeit von der Börse gerät. Portugal und Griechenland zeigen uns, wohin die Verschuldung der Staaten führt. Wir müssen auch warnen vor der Erhöhung der Matrikularbeiträge. Wir verlangen eine Besteuerung ausländischer Werthe, eine Emissionssteuer, eine Umgestaltung der Börsensteuer dergestalt, daß sie wirklich imstande ist, etwas einzubringen, ferner eine Luxussteuer, eventuell eine Wehrsteuer, von der wir uns ganz bedeutende Einnahmen versprechen. Vor allem haben wir den Plan einer progressiven Reichseinkommensteuer ins Auge gefaßt. Glauben Sie, daß Sie bei ungerechten Dreiklassenwahlsystem in den Einzelstaaten eine gerechte Besteuerung herbeiführen können? Wir haben ja gesehen, welche Schwierigkeiten in Preußen die Erhöhung um nur 1 Prog. gemacht hat. Wir werden so lange nicht von einer wirklichen Sozialreform in Deutschland sprechen können, so lange wir nicht die Ansammlung von Kapitalien in der Hand eines Bleichröder und Rothschild verhindern.

Bei dieser Gelegenheit bitte ich auch die Militärverwaltung, bei Bezügen direkt mit den Produzenten in Verbindung zu treten, ferner die Interessen der kleinen Städte wahrzunehmen, indem man ihnen die Garnisonen beläßt. Den Wunsch kann ich aber nicht unterdrücken, daß diese Vorlage die letzte sein möge (Heiterkeit), daß nicht ein Vivat sequens kommt. Es ist wirklich an der Zeit, wo die traurige Lage des Mittelstandes den vollen Ernst in Anspruch nimmt. Wir werden mit Anträgen auf die Hebung des Mittelstandes vorgehen. (Vicepräsident Freiherr v. Buol zum Redner zur Sache.) Wir dürfen unser Heer nicht ins Ungemessene vermehren, wir können doch nicht an Zahl der Soldaten mit dem ungeheuren Rußland konkurriren wollen. Die Hauptsache ist das moralische Uebergewicht, die geistige Ausbildung unserer Truppen. Es ist wunderbar, daß man Rußland als Feind aufstellt und mit ihm Handelsverträge eingehen will. Wir müssen dafür sorgen, daß wir wirthschaftlich nicht zu Grunde gehen, und wir werden hoffentlich endlich die Bahn beschreiten zur Rettung des Mittelstandes unseres Volkes. (Beifall bei den Antisemiten.)

Reichskanzler Graf **v. Caprivi:** Der Vorredner hat eine so große Menge von Fragen gestellt, daß es die Arbeit von Hunderten von Beamten in Anspruch nehmen würde, um alles klar zu legen. Die Regierung, die für alles, was sie thut, verantwortungsvoll ist, muß sich in die Dinge vertiefen. Was die Deckungsfrage angeht, so habe ich darüber schon das gesagt, was ich sagen mußte. Es ist wahr, wenn der Vorredner sagt, die Reichen müssen herangezogen werden. Auch ich bin seiner Meinung. Wir würden aber vielleicht über den Begriff „reich" in Differenzen gerathen. Aber der Vorredner hat keinen Grund, sich zu beunruhigen. Ich stimme mit ihm überein, daß das Schuldenmachen im Reich ein Uebel ist. Wir werden die allmälige Amortisation unserer Schulden ins Auge fassen müssen. Auch die Matrikularbeiträge sind ein Uebelstand, sie werden zu beseitigen sein. Aber über die Mittel und Wege, diese Reform herbeizuführen, ist man doch noch nicht schlüssig geworden. Ich kann nur die Bitte an den Vorredner richten, Vertrauen zu der Regierung zu haben, daß sie alles daran setzen wird, um die Deckungsfrage zu einer gedeihlichen Lösung zu bringen.

Abg. **Richter** (freis. Volksp.): Ich halte die Vorlage nach wie vor für ungerechtfertigt in militärischer wie finanzieller Beziehung. Denselben Standpunkt wie im vorigen Reichstage vertrete ich auch in diesem neuen Reichstage. Die veränderten äußeren Verhältnisse in der Fraktion, in der Zahl meiner engeren Fraktionsgenossen können natürlich nicht die mindeste Einwirkung ausüben auf die Ueberzeugung in der Sache selbst. Ich finde es ja sehr erklärlich, daß diejenigen Parteien, die Erfolge bei den Wahlen gehabt haben, sich möglichst damit herauszustaffiren suchen, aber ich möchte bitten, damit nicht zu weit zu gehen. Der Abgeordnete v. Bennigsen hat sich mit dem Verluste unserer Mandate beschäftigt. Nun, die Nationalliberalen haben überhaupt noch niemals die Probe darauf gemacht, was sie selbst ohne die Krücke der Regierung bei den Wahlen erreichen. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Ich hätte sehen mögen, wo sie geblieben wären, wenn sie sich nicht zur rechten Zeit auf die Seite der Regierung gestellt hätten. Sie sind am wenigsten berechtigt, uns unsern Rückgang vorzuhalten. Warum haben wir Mißerfolge gehabt? Keine Partei hat so sehr den Krieg nach zwei Fronten zu führen gehabt wie wir. (Lachen rechts.) Herr v. Bennigsen hat den Verlust der Mandate als einen Triumph der Militärvorlage dargestellt. Die große Zahl der Mandate, die wir an die Sozialdemokraten verloren haben, sind ein Beweis dafür, daß wir noch nicht scharf genug in der Opposition gegen die Militärvorlage gewesen sind. (Sehr richtig! links.) Und wenn wir Verluste erlitten haben, so können wir doch stolz darauf sein, daß wir es verschmäht haben, an irgend ein Sonderinteresse im Wahlkampfe zu appelliren. Können das die Nationalliberalen von sich sagen? Der Abg. v. Bennigsen hat dem Abg. Bayer kein Wort auf seine Angriffe erwidert, die darauf hinginen, daß sich die Nationalliberalen durch Kapitulation an die Agrarier und an den Bund der Landwirthe herangeschlängelt haben. (Widerspruch.) Siehe Herrn Hasse in Leipzig. Sie sind Kapitulationen zu Gunsten der Sonderinteressen einzelner Klassen eingegangen, nur um ein Mandat zu retten, wir sind in kleiner Zahl aus den Wahlen hervorgegangen, aber wir sind nicht belastet durch eine Verpflichtung zu Gunsten eines Sonderinteresses. Herr v. Bennigsen hat auf die Stichwahlen hingewiesen. Aber die amtliche Statistik wird zeigen, daß Sie mehrere tausend Stimmen verloren haben; die zahl unserer eigenen Stimmen bei der Stichwahl war verhältnißmäßig größer, als die Zahl der Mandate, die wir erhalten haben. Ohne Stichwahlen würden Sie, Herr v. Bennigsen, nicht einmal im Seniorenkonvent erscheinen können. Sie haben nicht nur bei der Stichwahl die Stimmen der nach rechts stehenden Parteien bekommen, sondern schon bei der Hauptwahl. Das ist aber auch für das Ergebniß ganz gleich. Viele Mandate verdanken den Sieg nur der Angst vor unserem Sieg. Das zeigt sich in Westhavelland. Sie haben keine Veranlassung, sich aufs hohe Pferd zu setzen. Bei einer großen Zahl der Parteien ist nur die Minderzahl der Mandate ohne die Unterstützung anderer Parteien zustande gekommen. Herr v. Bennigsen sagt, es sei über uns das Verdikt gesprochen. Das haben wir schon seit 1878 und 1887 ähnlich gehört. Aber diesen Jahren sind Jahre gefolgt, in denen die Wahlen zu Ungunsten der Nationalliberalen ausfielen. Ich erscheine zum vierten male mit dieser Minderheit. Im parlamentarischen Leben ist derjenige nicht verloren, der sich nicht selbst verliert, und der seine Ueberzeugung auch unter ungünstigen Verhältnissen nicht aufgiebt. Auch für uns wird es eine bessere parlamentarische Zukunft geben. Herr v. Bennigsen wies auf die negativen Abstimmungen der freisinnigen Partei hin. Die sind doch nur erfolgt, weil wir die Gesetze auf sichere Grundlagen gestellt wissen wollten, als die Mehrheit. Sind etwa im Deutschen Reiche die Zustände so erfreulich, daß man sich rühmen kann, immer dabei gewesen zu sein? Nein, die Verhältnisse im Deutschen Reiche haben sich so verschlimmert, daß man ernstlich darüber nachdenken sollte, ob nicht manches an den grundlegenden Bestimmungen der Reichsgesetze versehlt worden ist, und ob es nicht besser gewesen wäre, wenn Herr v. Bennigsen weniger Konnivenz gegen die Reichsregierung und gegen den Reichskanzler gezeigt hätte.

Wenn die Regierung endlich mit den amtlichen Wahlergebnissen herauskäme, so würde sich ergeben, daß viele hunderttausende Stimmen mehr für die Opposition als für die Vorlage abgegeben sind. Die Stichwahlen haben sich für die Vorlage günstiger gestaltet. Aber kann das in Betracht kommen, wenn die Unterschiede in konfessioneller und sozialer Beziehung so sehr in Konkurrenz getreten sind? Herr v. Manteuffel ist sich der That des Bundes der Landwirthe bewußt. Was hätte aber der mit der Agitation gestiftet, wenn er nicht mit den Landräthen und den Regierungspräsidenten im Bunde gewesen wäre. (Widerspruch rechts.) Dieses enge Bündniß ist darum so charakteristisch, als die Landräthe und die Regierungspräsidenten gegen die eigene Regierung und den russischen Handelsvertrag Opposition machen konnten. Auch Sie (rechts) haben noch nicht die Probe darauf gemacht, einen Wahlkampf ohne die Regierung durchzuführen; auch Sie sind schon in einer Zahl wiedergekehrt, die nicht größer war als die unserige. Herr v. Stumm sollte nicht so thun, als ob die Wähler alle aus Begeisterung für die Vorlage für Sie eingetreten sind. Hunderttausende von armen Leuten können ihrem Vorgesetzten gegenüber nicht anders stimmen. In kleinen Orten werden die Leute in der Herrenstube zusammenberufen, wo ihnen der Stimmzettel in die Hand gegeben wird. Von einer geheimen Wahl ist da nicht die Rede. Sind nicht alle Wahlkunststücke von der Regierung in Scene gesetzt worden, die wir unter Bismarck gesehen haben? Von den Versuchen zur Einschüchterung in der offiziösen Presse an, die wochen- und monatelang fortgesetzt wurden, bis zu den Belehrungen der Landräthe in den Kreisblättern ist man geschritten, und trotzdem eine solche unsichere, winzige Mehrheit, derart, daß das Zünglein an der Waagschale bei Herrn Böckel liegt. (Heiterkeit.) Das ist ein Triumph der Staatskunst des Reichskanzlers: Schwerer als alle Verhandlungen wiegt die Unterredung des Herrn Böckel mit dem Reichskanzler. Herr Böckel ist Herr der Situation, er ist der Gönner des Reichskanzlers. Dahin hat es der Reichskanzler gebracht. Ich kann es Herrn Böckel nicht übel nehmen, daß er die Situation auszunutzen sucht, denn sie kommt nicht wieder. Jetzt hat er den Reichskanzler noch in der Tasche, wenn die Militärvorlage durchkommt, dann hat das Centrum die Entscheidung bei den Steuervorlagen, Herr Böckel hat seinen Rückzug hinter Platzpatronen über Militärlasten im allgemeinen zu verbergen gesucht. Das nimmt ihm der Reichskanzler nicht übel; nehmen Sie nur die Vorlage an. Es ist davon gesprochen worden, daß die Unsicherheit des Schicksals der Militärvorlage auf Handel und Gewerbe schädigend eingewirkt habe. Werfen Sie nicht, wenn Sie solche Momente in die Wagschale werfen, daß Sie damit gegen den Parlamentarismus überhaupt sprechen? Was heißt das anders, als die Rückkehr zum Absolutismus empfehlen, als die Parole ausgeben: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht. Die Beunruhigung ist dagewesen, weil die Anhänger der Regierung gedroht haben, daß es mit dieser Auflösung noch nicht zu Ende sei, weil man mit der Revolution von oben gedroht hat. Wenn Sie der Beunruhigung steuern wollen, so können Sie das nicht besser, als dadurch, daß Sie dem Lande beweisen, daß nicht blos zwei oder drei Minister zu entscheiden haben, sondern daß eine bestimmte, feste Mehrheit des Parlaments entscheidet, wenn sie ihre Stellung festzuhalten imstande ist. Während der ganzen Verhandlungen über die Vorlage ist es in Europa ruhig gewesen. Nun kommt der Studentenkrawall. Es fehlt noch etwas zur Begründung der Vorlage, und da heißt es: Seht mal, was für ein schöner Studentenkrawall! Deutschland rüste dich und verstärke dein Heer um 80,000 Mann. Kann man um solcher Vorkommnisse willen von der Verderbtheit der Franzosen sprechen? Wenn die französische Regierung schwach wäre, so würde das bewiesen, daß ein Staat wie Frankreich nicht bündnißfähig ist. Könnte Rußland daran denken, mit einem solchen Staat ein Bündniß einzugehen? In der Möglichkeit einer Koalition zwischen Frankreich und Rußland liegt die Gefahr. Denn Frankreich allein gegenüber ist nach den Aeußerungen des Generals v. Verdy Deutschland stark genug, um einen Krieg mit Ehren zu bestehen. Ich kann es verstehen, wenn man aus der Sache heraus zur Annahme der Vorlage bereit ist, aber nicht, wenn man es so darstellt, als ob Deutschland wie Espenlaub zittern müßte, wenn irgendwo sich ein Lüftchen regt, das uns nicht gefällt. Wir müßten uns stark genug fühlen, unsere Angelegenheiten aus uns selbst heraus zu entscheiden. Glauben Sie im Ernst, daß diese Angstmacherei das Ansehen des deutschen Parlaments im Auslande fördert? Man sagt, es handle sich um die ganze europäische militärische Situation für die Dauer von zwanzig Jahren und darüber. Dann sollte man aber nicht für seine Entscheidungen dieses oder jenes Vorkommniß heranziehen. Warum achten Sie denn nicht auf die Erklärung des Grafen Kalnoky, welche dieser während der Wahlperiode abgegeben hat? Die sind eher geeignet, eine Wirkung zu erzielen, als jene Krawalle. Herr v. Bennigsen hat früher die treffendsten Einwände gegen die Militärvorlage erhoben und auch am Schluß der Kommissionsberathungen das vorgebrachte Material nicht für ausreichend erachtet, um über eine Bewilligung von 49,000 Mann hinauszugehen. Für den Antrag Bennigsen hätte sich früher eine Mehrheit ergeben, wenn die Regierung darauf eingegangen wäre. Abg. v. Bennigsen hatte damals ausgeführt, daß die Kulturaufgaben des Staates wegen der militärischen in beschämender Weise eingeschränkt werden mußten und er fand eine Erklärung nur darin, daß der Reichskanzler nicht mehr unterscheiden könne, was wünschenswerth und was nothwendig sei. Jetzt stimmt er für diese Vorlage und deckt sich mit der Wendung: Sonst bekommen wir nicht die zweijährige Dienstzeit, die wir immer gefordert haben. Wir haben sie aber um der Entlastung willen gefordert, und jetzt wird sie uns in der Form der Belastung geboten.

Herr v. Bennigsen meinte dann, wenn dann die Steuervorlagen kommen sollten, es wäre uns nicht recht, wenn sie vorher kommen, jetzt sollen sie nachher kommen, und das sei uns auch nicht recht. Sie müssen aber gleichzeitig mit der Vorlage erledigt werden. Man darf dem Volke eben nicht die vollen Konsequenzen zeigen, damit sich nicht eine Minderheit ergiebt. Mit Ausnahme der Börsensteuer war das Steuerprogramm des Reichskanzlers negativ. Viele Leute an der Börse haben sich für die Vorlage erwärmt, und das hat auf den Reichskanzler so viel Eindruck gemacht, daß er meint, diesen guten Leuten könnten noch mehr Steuern auferlegt werden. Ich hätte gar nichts dagegen, wenn die Herren sie selbst bezahlen würden, aber die Bankiers legen die Steuern nur aus, und es wird nur der Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage dadurch erschwert. Der Reichskanzler will die Steuern auf die Schultern der Leistungsfähigen legen; über die Leistungsfähigkeit herrscht eben die Meinungsverschiedenheit. Hat man doch bei den Wahlen erzählt, das deutsche Volk sei imstande, zwei Milliarden jährlich für geistige Getränke auszugeben. Es wird von Luxussteuer gesprochen, die man in England hat. Dort kennt man aber auch keine Salz- und keine Zuckersteuer. Schaffen Sie die Steuern auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse ab, dann können wir auch zu solchen Steuern übergehen. Der Reichskanzler hat erklärt, in keinem Falle würden die Lasten die landwirthschaftlichen Gewerbe treffen, und damit hat er allen denen eine bestimmte Absage ertheilt, welche bisher gehofft hatten, daß die Kosten aus der Beseitigung der Zuckerprämien und der Liebesgabe an die Brenner herbeigeschafft würden. Wer kann nun sagen, was von den Steuerprojekten übrig bleibt. Wie ist es mit dem Rohspiritus? Herr Miquel, der augenblicklich noch der einflußreichste Mann ist, hat dem Reichskanzler die Versicherung abgerungen, daß an Brau- und Branntweinsteuer nicht zu denken sei. Ich möchte Herrn Böckel bitten, so lange er noch Einfluß hat, sich vom Reichskanzler einen Revers ausstellen zu lassen, daß an ein Spiritusmonopol nicht gedacht wird. Oder denkt er selbst an ein solches? Wir haben es oft empfehlen hören und Sie (rechts) haben ja schon die Formeln dafür veröffentlicht. Herr v. Bennigsen findet sich damit ab, daß er sagt, eine Noth könne nicht entstehen, denn es komme einfach zur Erhöhung der Matrikularbeiträge und der Steuern in den Einzelstaaten. Die Matrikularbeiträge sind aber schon in diesem Jahre um 36 Mill

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930710024/fragment/page=0002

erhöht worden. Der Reichskanzler spricht von dem Vertrauen zu den Regierungen. Aber schon Herr v. Hansemann hat gesagt, in Geldfragen hört die Gemütlichkeit auf und in Steuerfragen darf niemand weiter trauen, als er unmittelbar sehen kann. Herr von Manteuffel hat es höflich aber sehr kühl abgelehnt, dieses Vertrauensvotum zu geben. Um so mehr trat in den Vordergrund das Vertrauen, welches Frhr. v. Manteuffel Herrn Miquel schon heute entgegengebracht, obgleich derselbe noch nicht in der Lage gewesen ist, sein Programm zu entwickeln. Herr Miquel ist das Ehrenmitglied nicht nur der Konservativen, sondern aller Agrarier, die zur Durchführung ihrer Pläne keine bessere Kraft finden könnten. Fürst Bismarck hat immer gesagt, Sie haben durch Herrn Miquel etwas erreicht, was Sie von ihren intimsten Freunden niemals hätten erhalten können. Herrn v. Maltzahn hat Herr v. Manteuffel beiseite geschoben. Auf den Einwand, was mit Herrn v. Maltzahn werden solle, erwiderte er: Der kann Herrn Miquel helfen. (Heiterkeit.)

Noch einige Bemerkungen über das französische Kadresgesetz, auf das man sich von militärischer Seite beruft. Was bewirkt das neue französische Kadresgesetz! Was sind seine Lasten gegenüber denen dieser Militärvorlage. Das Kadresgesetz ist der Schlußstein der militärischen Vorlage in Frankreich seit 1886. Man kann es in keiner Weise in Vergleich ziehen mit dieser Militärvorlage. Dort befolgt man gerade die entgegengesetzte Maxime wie bei uns. Das Kadresgesetz berührt nur Offizierfragen, die hier nicht im Mittelpunkt der Vorlage stehen. Man zieht Vergleiche zwischen hier und Frankreich in Bezug auf die Bewilligung militärischer Forderungen. Es ist gar nicht wahr, daß mit Hurrah dort Alles bewilligt wird. In Frankreich hat man aber eine wirklich parlamentarische Regierung, die unmöglich eine Vorlage einbringen kann, die im Volke von vornherein einen solchen Widerstand findet. In Frankreich hat das Parlamentarische auch in militärischen Angelegenheiten viel mehr mitzureden, als bei uns. In Frankreich wäre es unmöglich, daß der Minister erklärt, das ist nun das Letzte, bis wohin ich nachgeben kann. Dort nimmt die Regierung auch positive Gegenvorschläge an. Darum ist in Frankreich eine Verständigung über militärische Angelegenheiten viel leichter als bei uns. (Beifall links.) Das Kadresgesetz verstärkt weder äußerlich noch innerlich die Gründe für die Militärvorlage. Wohl aber kann es kommen, daß wenn diese Militärvorlage angenommen wird, die Nachbarstaaten auch ihre Heereskraft verstärken und wir uns sehr bald mit einer neuen Militärvorlage zu beschäftigen haben. Was aber bei uns vor Allem ganz anders ist als in Frankreich, ist die ganze Organisation der Reichsregierung, die einseitig nur militärische Rücksichten vertritt, und die wirthschaftlichen in keiner Weise beachtet. Noch nie hat sich das so gezeigt, wie bei der jetzigen Regierung. Wenn das Volk da nicht standhaft bleibt, muß die militärische Rücksichtslosigkeit der Regierung immer unerträglicher gesteigert werden. Unser Widerstand gegen die Militärvorlage ist, wenn wir auch in geringerer Zahl wiedergekehrt sind, derselbe, wir thun damit unsere Schuldigkeit nicht nur der eigenen Ueberzeugung gegenüber, sondern auch den Interessen des Volkes und des Vaterlandes. (Beifall links.)

Abg. Dr. **v. Jazdzewski** (Pole): Meine Fraktion hat einmüthig beschlossen, in eine materielle Erörterung der Vorlage nicht einzutreten. Bei der Reserve, die sie sich außerlegt wegen der großen Schwierigkeit, die gerade wir im Staate und im Reiche haben, wird hoffentlich der Reichstag davon abstehen, uns in eine materielle Erörterung hineinzulocken. Die Erklärung, die ich namens meiner Fraktion abzugeben habe, ist folgende: Wir werden für die Vorlage der verbündeten Regierungen eintreten. (Beifall rechts.)

Ich bemerke, daß uns nicht etwa Liebedienerei den verbündeten Regierungen oder der preußischen Regierung gegenüber leitet, wir thun das in der Ueberzeugung, daß wir auf diese Weise einzig und allein das Interesse richtig vertreten und vertheidigen, das uns unsere Wähler anvertraut haben. Wir hoffen von der preußischen und der Reichsregierung, das diese unserer Stellung Rechnung tragen und Linderungen auf dem Gebiete herbeiführen wird, welches bei uns große Mißstimmung hervorbringt und die Gemüther bewegt. Ich glaube, daß die verbündeten Regierungen unserer loyalen Haltung entgegenkommen werden. (Beifall rechts. Abg. Singer: Wiegen Sie sich doch nicht in solchen Illusionen!)

Abg. **Rickert** (fr. Vereinigg.): Herr Payer hat dem Reichskanzler vorgeworfen, daß er mit mehr Geschicklichkeit schon in der vorigen Session eine Mehrheit hätte haben können. Er hat zu diesem Vorwurfe keine Berechtigung, denn er und seine Partei haben durch Ablehnung des Vertagungsantrags am letzten Tage der vorigen Session bewußt eine Verständigung mit der Regierung verhindert. Ich habe niemals eine bindende Erklärung in dieser Frage abgegeben, ich halte es für einen großen Fehler, in solchen Fragen eine positive Erklärung abzugeben, weil sich später die Sache zu einer Frage des politischen Charakters zuzuspitzen pflegt. Ich lasse mich nur von sachlichen Gründen leiten, mögen Sie auch meinen Charakter verdächtigen und mich einen Wadelstrümpfler nennen. (Heiterkeit.) So viel Charakter wie Sie (zu den Sozialdemokraten) habe ich noch, (Zurufe des Abg. Liebknecht), auch wie Sie, Herr Liebknecht. Ihr Vorgehen gegen die Jungen beweist ja das. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Kampelmänner.) Als Kampelmänner behandeln Sie die Männer der Freiheit, also die Opposition.

Wenn ich jetzt eine andere Stellung einnehme, so geschah es weil ich mich von der Nothwendigkeit überzeugt habe. Ist das etwa ein Fehler? Ich halte es für besser, daß man seinen Irrthum bekennt, als daß man an dem einmal angenommenen Standpunkte festhält und nicht zugiebt, daß man einen Fehler begangen hat. (Beifall rechts.) Wenn ich der Militärvorlage zustimme, so handle ich nicht gegen das Programm der freisinnigen Partei von 1884, das die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bei möglichster Abkürzung der Dienstzeit verlangt. Diese Vorlage aber geht nicht einmal bis an die volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht, nachdem sich herausgestellt hat, daß wir einen Rekrutirungsüberschuß von 100,000 Mann haben.

Die Franzosen sind nicht die formlosen Leute, als wie sie von den Sozialdemokraten hingestellt werden. Das Milizsystem, das die Sozialdemokraten empfehlen, wird selbst von den Schweizern jetzt als nicht genügend bezeichnet. Bei dem Milizsystem würden wir keine Ersparnisse machen, und die persönlichen Lasten würden größer sein. Dagegen habe ich noch immer die Hoffnung, daß die zweijährige Dienstzeit gesetzlich festgelegt wird. Es ist zwar erwünscht, daß die Deckung vorher beschafft wird, aber es ist doch nicht so unerhört, daß die Freisinnigen Vorlagen zugestimmt haben von Eröterung der Deckungsfrage. Der Reichskanzler hat in Aussicht gestellt, daß von einer neuen Besteuerung der Landwirthschaft abgesehen werde. Hoffentlich ist damit nicht gesagt, daß von einer Schmälerung der Liebesgabe nicht die Rede sein werde. Ich hoffe aber auch bestimmt, daß keine Steuer auf nothwendige Lebensmittel kommt. Das Ziel, fremde Eindringlinge fernzuhalten, ist allen Parteien gemeinsam, das ist nicht, wie Abg. Payer meinte, ein Machtkampf zwischen Regierung und Volk. Die Frage des Liberalismus hat damit nichts zu thun. Ich würde sofort aus der Partei austreten, wenn mir dieses Recht benommen würde. Meine liberalen Grundsätze werde ich nicht verleugnen und immer für die Grundrechte unseres Volkes eintreten. Mit Geistern aber, die in Streit gerathen, wenn es sich darum handelt, die Existenz unseres Vaterlandes zu sichern, diskutire ich nicht. Ich hoffe, daß wir zu einer Verständigung mit der Regierung gelangen und damit dem Vaterlande und dem Frieden dienen. (Lebhafter Beifall.)

Ein Schlußantrag wird darauf angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. Frhr. **v. Manteuffel** (kons.): Herrn Richter möchte ich erwidern, daß ich die Schwäche der Regierung in Frankreich nicht als Grund dafür hingestellt habe, daß wir gegen Frankreich vorgehen müssen, sondern ich habe gemeint, daß wir uns gegen alle Eventualitäten rüsten müssen, wenn die Regierung in Frankreich so schwach ist, daß sie jederzeit beseitigt werden kann. Der Wunsch, Herrn Miquel zur Regelung der Steuerfrage hinzuzuziehen, bedeutet keinen Vorwurf gegen den Reichsschatzsekretär, denn auch in der vorigen Session war ja der bayrische Finanzminister mit thätig. Herrn v. Bennigsen möchte ich erwidern, daß ich nur von einer Verstärkung der agrarischen Tendenzen gesprochen habe; daß ich damit die Wahrheit gesagt habe, wird doch Herr v. Bennigsen selber zugeben müssen, er braucht blos seine Partei anzusehen. Das läßt mich hoffen, daß auch Herr v. Bennigsen selbst einmal ein gemäßigter Agrarier werden wird.

Abg. Dr. **Lieber** (Ctr.): Ich verzichte darauf, schon heute auf die Liebenswürdigkeiten, mit denen mich der Herr Reichskanzler bedacht hat, einzugehen, ich komme darauf in der zweiten Lesung zurück.

Da ein Antrag auf Kommissionsberathung nicht gestellt ist, wird die zweite Berathung im Plenum stattfinden, und zwar am Donnerstag den 13. Juli, 12 Uhr. Vorher Interpellation Ofsann, betr. die Futternoth, und Interpellation Bebel, betr. das Vorgehen des straßburger Polizeipräsidenten in Sachen des Fedelta-Vereins.

Schluß 3 Uhr.

Wissenschaft. Kunst. Litteratur.

— Ein großes Harmonium in natürlicher Stimmung, welches im Auftrage der Staatsregierung erbaut worden ist, hat kürzlich in einem Raume des physikalischen Instituts zu Berlin seinen Platz erhalten. Es ist ein Werk der Pianoforte-Fabrik Schildmayer in Stuttgart und nach dem System von C. Eitz unter der persönlichen Leitung des Erfinders ausgeführt. Es umfaßt $4^1/_2$ Oktaven und enthält in jeder Oktave 104 verschiedene Tonstufen, welche die Wirkungen des Zusammenklanges in sehr großer Mannigfaltigkeit darzustellen erlauben.

— Laut dem „Corriere di Napoli" hat der frühere preußische Gesandte beim päpstlichen Stuhle, Herr v. Schloezer, das vollständige Material für eine von ihm herauszugebende „Geschichte der vatikanischen Politik in den letzten zwanzig Jahren" gesammelt. Das Buch, welches nach geschehener Rücksprache des Herrn v. Schloezer mit dem Fürsten Bismarck erscheinen werde, werfe ein neues Licht auf viele bisher unaufgeklärte Strömungen und Vorgänge am Hofe des Papstes Leo XIII.

— Pierre Lott, der bekannte französische Marine-Offizier, Dichter und Mitglied der Akademie, weilt augenblicklich in Kairo, von wo er, um orientalisches Leben näher kennen zu lernen, mit einer eigenen Karawane einen Zug in das Gebiete Land unternehmen wird, um für einen neuen Roman nach seiner Art die örtliche Scenerie zu studiren. Er will genau dem Wege der heiligen Familie folgen und später Galiläa, den Berg Tabor und Damaskus besuchen. Seine Karawane wird aus zwölf arabischen Reitern, einem Dragoman und zwei Kameelen, eines für ihn und eines für seinen Diener, bestehen.

Provinzial-Nachrichten.

—g. **Merseburg**, 7. Juli. Der Jahresbericht über die Verwaltung der Stift-Merseburgischen Schullehrer-Wittwen- und Waisenkasse für die Zeit vom 1. April 1892 bis Ende März 1893 weist eine Einnahme von 8397.77 M. und eine Ausgabe von 5804.44 M. auf, sodaß ein Bestand von 2593.33 M. verbleibt. Die Kasse besitzt ein Vermögen im Nennwerthe von 73,393.33 M. nach Kurswerth am 31. März 1893 76,835.83 M. Zur Kasse gehören 110 beitragspflichtige Kirchen aus der Stadt- und Landeyhorie Merseburg, den Eyhorien Lauchstädt, Lützen, Schkeuditz, Leipzig, Pegau, Delitzsch und Gollme. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 161, und zwar setzt sich diese zusammen aus 103 istislichen und 34 außerstatutischen Mitgliedern und 24 Emeriten. Die Kasse zahlte für 8 Mitglieder volle Begräbnißgelder in Summe von 800 M. und 5 Ausstteuern in Höhe von 3000 M. aus.

* **Delitzsch**, 8. Juli. Der Förster Sterba, Grünes Haus, fand vor einigen Tagen im Walde eine Visitenkarte, die folgenden Namen trug: „Sperling, Sekondelieutenant in der Luftschifferabtheilung, Berlin." Die Adresse lautete: „An Herrn Inspektor Kober-Sausedlitz, mit der Bitte an den Finder, die Karte an die Adresse zu befördern." Auf der Rückseite standen die Worte: „Herzlichen Gruß allerseits. 4500 Meter Höhe. Paul Sperling." Die Karte war am 8. Juni aus einem Ballon der Luftschifferabtheilung herabgeworfen worden und $^3/_4$ Stunden von ihrem Bestimmungsorte, Sausedlitz, wo Lieutenant Sperling früher als Pfarrerssohn lebte, herabgekommen.

W. **Querfurt**, 9. Juli. Wie verlautet, soll die Domäne Querfurt-Weidenbach im August d. J. zur Neuverpachtung kommen, obgleich die jetzige Pachtzeit noch längere Zeit läuft.

— Dem Kreise Gardelegen, welcher die von den betheiligten Gemeinden erbaute Chaussee von Hemstedt nach Lindstedt zur Unterhaltung übernommen hat, ist das Recht zur Erhebung von Chausseegeld auf derselben verliehen.

— Dem Geh. Regierungs-Rath v. Eschwege zu Kassel und dem Landgerichts-Rath Reichard zu Erfurt ist der Rothe Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife, dem pensionirten Steuer-Erheber und Vollziehungsbeamten Lusch zu Arendsee im Kreise Osterburg, früher zu Berlin, dem Gefangen-Aufseher a. D. Elze zu Sangerhausen, dem herrschaftlichen Kutscher Christoph Jacobs zu Almenhausen im Kreise Neuhaldensleben das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Der seitherige Regierungs-Civil-Supernumerar Scheibling in Merseburg ist zum Kreissekretär bei dem Landrathsamte Wittenberg ernannt.

— [Personal-Veränderungen in der Armee.] Ernennungen, Beförderungen und Versetzungen. v. Kaßler, Rittmeister u. Escadr.-Chef vom Magdeburg. Hus.-Reg. Nr. 10, dem Regiment aggregirt. Katholische Militär-Geistliche: Mause, Pfarrer in Gotha, zum Divisionspfarrer der 20. Division in Dienze ernannt.

** **Eisenach**, 8. Juli. Aus Anlaß des 40jährigen Regierungs-Jubiläums des Großherzogs war die Stadt reich beflaggt. Auf der Wartburg fand Hoftafel statt, zu der auch die Minister aus Weimar hinzugezogen waren. Weitere Festlichkeiten waren auf Wunsch des Großherzogs unterbliben.

+ **Eisenach**, 9. Juli. Die entsetzliche Dürre und Futternoth hat in unserem Kreise einen hohen Grad erreicht. Das Gras auf den Wiesen, Rainen usw. sieht wie verbrannt aus. Das Obst fällt massenhaft von den Bäumen. Die Kleinbauern mit ein bis zwei Kühen werden am härtesten getroffen; sie wissen nicht, womit sie ihr Vieh ernähren sollen. Der Milchpreis ist um 2 Pf. das Liter gestiegen. Ein hiesiger Händler hat Heu aus Ungarn beschafft und giebt solches zu 6 M. den Centner ab. — Der Verwaltungsrath der Sparkasse zu Dermbach hat den Gemeinden bezw. Privaten des III. Verwaltungsbezirks 100,000 M. zunächst auf ein Jahr als unverzinsliches Darlehn angeboten (nicht also, wie irrthümlich verbreitet war, geschenkt), wofern die Gemeinden die Gewähr der Rückzahlung übernehmen.

—t. **Weimar**, 8. Juli. Der Landwirthschaftliche Hauptverein im dritten Verwaltungsbezirk hat beschlossen, Kraftfuttermittel in großen Mengen zu beschaffen und den viehbesitzenden Landwirthen zu möglichst billigen Preisen zur Verfügung zu stellen. Weil aber — so heißt es in dem Gutachten der zur Bekämpfung des Nothstandes niedergesetzten Kommission, die Mehrzahl der Landwirthe gegenwärtig nicht in der Lage sei, oft Gelder zu bringen, so müsse die Staatsregierung weitgehende Kredite eröffnen, deren (mäßige) Verzinsung und Amortisation erst nach Ablauf des nächsten Jahres gefordert werden dürfe.

Jena, 9. Juli. Das meiningische Regierungsblatt theilt mit, daß der Oberlandesgerichtsrath Geh. Justizrath Robert Müller hier auf sein Ansuchen unter Anerkennung der von ihm geleisteten Dienste mit dem 1. Okt. in den Ruhestand versetzt ist.

* **Dessau**, 8. Juli. Während der letzten Tage hat hier die Genossenschaft deutscher Tanzlehrer ihren zweiten Verbandstag abgehalten. Weit über 100 Tanzlehrer waren anwesend. Den Vorsitz führte Schadwitz-Berlin. In einem von dem Altmeister der Tanzkunst, dem greisen Balletmeister Fricke-Dessau, an den Kaiser ausgebrachten Hoch wurde u. a. des Impulses gedacht, den der Kaiser zur Wiederbelebung des Interesses für die Königin unserer Tänze, die menuet à la reine, gegeben habe.

Vermischtes.

Zwei Blutthaten an einem Tage. Eine in den Einzelheiten noch nicht völlig aufgeklärte Bluthat hat sich am Freitag in Charlottenburg ereignet. Der Fuhrherr Bürger verbüßt eben eine Gefängnißstrafe von 6 Monaten wegen Urkundenfälschung. Seine Frau führt das Geschäft fort und hatte den Arbeiter Heinz zur Hilfe angenommen. Es scheint, daß sie mit ihm nicht zufrieden war, daß er sie auch mit Liebesanträgen verfolgte. Um ihn los zu werden und dem bereits entstandenen Gerede aus dem Wege zu gehen, kündigte sie ihm. Gleichzeitig bat sie den ihr befreundeten Kaufmann Walter und dessen Sohn aus Friedenau, ihr zur Seite zu stehen. Die beiden Männer begleiteten sie nach ihrer Wohnung. Als sie eintraten, war Heinz gerade dabei, ein Messer mit einer Feile zu schärfen. Als Frau Bürger um 3 Uhr nachmittags ihre Küche betrat, stürzte nach ihrer Angabe Heinz mit dem Messer ihr nach. Abwehrend hielt sie den linken Arm vor und fing damit den Stich auf. Walter, der auf dem Hofe war, hörte jetzt die Hilferufe der bedrängten Frau und kam gerade hinzu, als sie zusammenbrach. In ihrem Rücken steckte das Messer bis zum Griffe. Walter zog es heraus und hinzueilende Männer brachten die Verwundete nach dem städtischen Krankenhause. In der Hausthür trat der sich weiter ansammelnden Menge Heinz blutbesudelt entgegen; er hatte 3 Stiche in der linken Brust, deren einer $1^1/_2$ Zoll tief eingedrungen war, außerdem 3 Stiche im Kopfe. Der Schutzmann Horn führte ihn zunächst nach der Polizeiwache in der Schloßstraße, wo ihm der Heilgehilfe Karl Hufter Rothverbände anlegte. Mannschaften der Feuerwehr brachten Heinz ebenfalls nach dem Krankenhause. Hier gab er der Kriminal-Polizei an, Frau Bürger habe ihm die Stiche beigebracht; diese bestreitet es aber mit aller Entschiedenheit und sagt aus, daß Heinz sich selbst die Wunden zugefügt habe. Die Aufklärung wird nicht lange ausbleiben. — Eine zweite Bluthat ist um dieselbe Zeit in Berlin vorbei worden. In dem Wirthshause „Germania", Alt-Moabit 15, war die 22jährige Marie Treppe mit Kartoffelschälen beschäftigt. Zu dieser Verrichtung nahm sie merkwürdigerweise ein großes scharfgeschliffenes Zerlegemesser. Da die Kartoffeln nicht gut geschält waren, so kam es zwischen dem Wirthe und dem Koch Hans Heidenreich zu einem Wortwechsel. Das Mädchen wurde derart wüthend, daß sie mit dem Messer auf den Koch losstürzte und ihm mit einem wuchtigen Hiebe die rechte Hand vom Arme fast völlig abtrennte. Vor ihrer Festnahme griff sie noch zur — Brennscheere, um sich das Haar zu kräuseln!

Ein fürstliches Geschenk. Die Söhne des in Köln verstorbenen Herrn Marcus haben zum Andenken an ihren Vater dem dortigen bestehenden Vereine für Ferienkolonien ein Geschenk von 100,000 M. gemacht. Dieser Verein besitzt zwar das aus den Erträgen des vor einigen Jahren veranstalteten Gürzenich-Bazars resultirende Vermögen von 90,000 M.; die Zinsen reichten aber mit den Mitgliederbeiträgen nicht aus, die Ferienkolonien in dem wünschenswerthen Umfange aufrecht zu erhalten. Das hochherzige Geschenk der Herren Marcus hat dieser Kalamität abgeholfen. Möchten solche Beispiele auch in anderen Städten Nachahmung finden!

Von einem Personenzuge überfahren. Das Königl. Eisenbahn-Betriebsamt macht bekannt: Altena, den 8. Juli. Freitag abend 6 Uhr 42 Min. überfuhr Personenzug 32 der Nebenbahn Marburg-Grenzthal auf dem beim Amtshause belegenen Straßenübergang vor Bahnhof Grenzthal einen Jagdwagen, welcher mit 9 von einem Ausfluge zurückkehrenden Personen besetzt war. 4 Personen erlitten schwere — hierunter eine lebensgefährliche — die übrigen leichte Verletzungen. Die Untersuchung bezüglich der Schuldfrage ist sofort eingeleitet worden.

Schwarze Pocken. Auf einem mitten am offenen Rhein verankerten von Antwerpen in Koblenz eingetroffenen Schiffe sind die schwarzen Pocken ausgebrochen. Umfassende Vorsichtsmaßregeln sind angeordnet worden.

Frecher Straßenraub. Im Hauptpostgebäude zu Wien wurde am Sonnabend mittag einem Beamten der Kreditanstalt von zwei jungen, anständig gekleideten Leuten vor den Augen aller Anwesenden ein Geldbetrag von 8000 Gulden gewaltsam aus der Tasche geraubt. Obgleich die Täter sofort verfolgt wurden, gelang es denselben, zu entkommen.

Zum Grubenunglück bei Dewsbury. 138 Leichen der am Dienstag in der Thornhill-Zeche infolge einer Explosion schlagender Wetter umgekommenen Bergleute sind bisher an's Tageslicht gefördert. Nur 9 sind gerettet worden. Das Begräbniß der meisten Verunglückten fand am Freitag statt.

Ein Cyklon. Nach den letzten Meldungen über einen Cyklon, welcher in der Stadt Pomeray (Jowa) am Donnerstag gewüthet hat, wird der hierdurch verursachte Verlust an Menschen auf 53 geschätzt; außerdem sind 75 Personen lebensgefährlich und 150 schwer verletzt. 250 Häuser sind zerstört. Der Schaden wird auf 200,000 Dollars geschätzt.

Tod eines russischen Generals. Ueber die schon kurz gemeldete Schiffskatastrophe, die sich auf der Wolga ereignet hat, wird aus Petersburg jetzt ausführlicher geschrieben: Die Wolga war jüngst in der nächsten Nähe des Dorfes Sabina der Schauplatz eines entsetzlichen Schiffsunglücks. Das Dampfschiff „Alfons Zewecke", an dessen Bord sich zahlreiche Passagiere befanden, und das eine große Ladung Baumwolle führte, gerieth infolge eines in dieser Ladung entstandenen Feuers in Brand. Das verheerende Element griff rasch um sich, und die verzweifelten Passagiere suchten sich theils durch die Flucht auf Boote, die zu ihrer Rettung herankamen, theils durch Schwimmen an das Ufer zu retten. Eine große Anzahl der Unglücklichen ertrank aber in den Fluthen, während andere durch die Strömung unter die Schiffsschraube getrieben wurden und dort umkamen. Im ganzen ist es kaum fünfundzwanzig Personen geglückt, sich zu retten. Unter den Opfern der Katastrophe ist insbesondere General Petronschevsky zu erwähnen, der einer der ausgezeichnetsten Offiziere der russischen Armee war und an dem letzten russisch-türkischen Kriege als Kommandant der 14. Infanterie-Division theilgenommen hatte. Es gelang ihm zwar anfangs, unterstützt durch seinen Diener, sich durch Schwimmen über Wasser zu halten. Den letzteren verließen aber nach einiger Zeit seine Kräfte, und als dann ein Bauer dem General zu Hilfe eilte und ihn an das Ufer zog, zeigte sich, daß derselbe schon leblos war. Der General muß einem Schlaganfalle erlegen sein.

Ein fanatischer „Petotaler." Auf der Weltausstellung in Chicago rief einer der Besucher, der virginische Pastor Jarneson, am Unabhängigkeitstage (4. Juli) eine unerwartete Scene hervor. Als er an die in Form eines altirischen Rundthurmes aufgestellten Whiskey-Flaschen der Firma Sir John Power von Dublin kam, hieb er mit seinem Spazierstock ohne

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930710024/fragment/page=0003

Wetteres in die Flaschen hinein, daß sie zu Dutzenden herabfielen und zerschellten. Bei seiner Verhaftung erklärte er, „er habe dem Whiskey einen Schlag versetzen wollen, Jehovah habe ihm das befohlen. Der 4. Juli, als Unabhängigkeitstag, sei dazu besonders gut geeignet."

Explosion. Gestern vormittag platzte unter den Arkaden des erzbischöflichen Palastes zu Pisa eine Bombe. Eine Säule wurde zerschmettert, Personen wurden nicht verletzt.

Der Todtenschein des Apostels Paulus. Der Britischen Bibelgesellschaft in Konstantinopel ist neulich, wie der „Ev. kirchl. Anz." meldet, etwas geradezu Unglaubliches begegnet. Sie hatte dort eine besondere Ausgabe des Briefes Paulus an die Galater in türkischer Sprache verbreiten lassen. Als die türkischen Behörden davon Anzeige erhielten, ließen sie den Korporteur verhaften, weil sie meinten, der Brief sei an die Einwohner des Konstantinopeler Bezirks Galata gerichtet, und politische Absichten hinter der Sache witterten. Sie wollen nun den Korporteur erst wieder freilassen, wenn er — ein beglaubigtes Zeugniß über den Tod Pauli beibringe (!).

Cholera. Wie verlautet, sind in Monaco und Montecarlo und zwar in den dortigen Volksquartieren Carnier und Moulini mehrere choleraverdächtige Erkrankungen und Todesfälle vorgekommen.

Personalnachricht. Der pensionirte Generallieutenant von Lutz, welcher 1866 das Portefeuille des Kriegsministers inne hatte, ist in Starnberg gestorben.

Vereine und Versammlungen.

München, 8. Juli. Heute vormittag 9½ Uhr begann im Festsaale des „Odeon" die Festversammlung des Journalistentages, welcher Prinz Ludwig, die Minister Frhr. v. Crailsheim und Frhr. v. Feilitzsch, der Polizeidirektor und der Bürgermeister Borscht und die Vorstände des Gemeinde-Kollegiums beiwohnten. Prinz Ludwig wurde bei seinem Erscheinen mit einer Festfanfare begrüßt. Derselbe richtete huldreiche Worte an Regierungsrath Winternitz aus Wien, den Präsidenten des Ausschusses Viereck und den Schriftsteller Dr. Hirth. Prinz Ludwig eröffnete den Schriftstellertag mit einer Ansprache, in welcher er hervorhob, zwei Gründe hätten ihn bei Uebernahme des Protektorates vorgelegen: der überaus humane Zweck der Pensionsanstalt, für welche ein sehr gutes Statut ausgearbeitet sei, das sich durch Beschaffung der Geldmittel auf Grund von Beiträgen, sowie durch die Heranziehung der Beihilfe auch anderer Stände mittels Wohlthätigkeits-Veranstaltungen auszeichne, der zweite Grund liege darin, daß er die hohe Bedeutung der Journalisten und Schriftsteller für die gegenwärtige Zeit und die ganze Menschheit zu schätzen wisse. Schriftsteller machten die Welt mit den Resultaten ihrer Forschungen und Erfahrungen bekannt; ihre Aufgabe sei das Streben nach Wahrheit; erquicken und erheben solle die Litteratur, aus welcher alles fernbleiben müsse, was niedere Leidenschaften fördere. Journalisten und Schriftsteller seien eng miteinander verbunden. Es sei eine Kunst, Zeitungen nutzbringend zu lesen. Nur ein Blatt oder Blätter einer Richtung zu lesen mache einseitig. Hochstehende würden durch die Zeitungslektüre vor Beeinflussung durch ihre nächste Umgebung bewahrt. Die deutsche Journalistik habe überdies das Verdienst, 17 Millionen außerhalb des Reiches lebende Deutsche mit dem Vaterlande geistig zu verbinden und ihr Deutschthum zu erhalten. Möge die Münchener Versammlung zum Nutzen des so weit verbreiteten und einflußreichen deutschen Journalisten- und Schriftstellerstandes gereichen. (Lebhafter Beifall.) Hierauf bewillkommnete der Minister des Innern Frhr. v. Feilitzsch als erster Ehrenpräsident die Erschienenen namens der bayerischen Regierung; Genugthuung des Journalisten- und Schriftstellerstandes sei das Bewußtsein, für geistige Entwickelung und Fortbildung des Volkes mitzuwirken und dadurch dem Vaterlande einen erheblichen Dienst zu leisten. Der zweite Ehrenpräsident Bürgermeister Borscht begrüßte die Erschienenen namens der Stadt. Der Vorsitzende des Komitees, Schmädel, legte die Ziele der Pensions-Anstalt dar und hieß die auswärtigen Theilnehmer willkommen. Ehrenpräsident Lingg brachte ein Hoch auf den Prinzregenten aus, Regierungs-Rath Winternitz-Wien auf Se. Majestät den deutschen Kaiser, Cordes-Berlin auf den österreichischen Kaiser und von Wildenbruch-Berlin auf den Prinzen Ludwig. Mittags folgte die geschäftliche Sitzung. In der Nachmittagssitzung wurde das Statut der Pensionsanstalt einstimmig angenommen.

— 9. Juli. Der deutsche Journalisten- und Schriftstellertag stimmte in der Geschäftssitzung am Sonntag im Odeonssaale einer Denkschrift an den Bundesrath und den Reichstag zu betreffend die Copyright-Bill der Vereinigten Staaten von Amerika und die Reform des Urheberrechts und beschloß, den nächsten Kongreß im Jahre 1894 in Hamburg abzuhalten. Der Minister des Innern, Frhr. v. Feilitzsch, theilte mit, der Prinzregent habe der Pensionsanstalt des Vereins 5000 Mk. gewidmet. Die Versammlung beschloß ein Danksagreiben an den Prinzregenten. — Dem Festbankette im Rathhaussaale wohnten etwa 300 Personen bei, darunter der Generalintendant, der Polizeidirektor und beide Bürgermeister. Dr. Hirth-München toastete in einer beziehungsreichen Rede auf das deutsche Schriftthum, Rechtsanwalt Dr. Hofmann-München verlas die eingegangenen Begrüßungstelegramme. Bürgermeister Brunner toastete auf die Journalisten und Schriftsteller, Winternitz-Wien auf die Stadt München und Cordes-Berlin auf den Festausschuß. Der Ehrenpräsident Minister v. Feilitzsch dankte namens des Ausschusses und hob die sympathischen Beziehungen der bayerischen Behörden zu der bayerischen Presse hervor. Der Schöpfung einer Pensionsanstalt bleibe das Wohlwollen der bayerischen Regierung erhalten. Die höheren Beamten in Bayern würdigten die gemeinsame Geistesarbeit zur Hebung des Volkes. Der Minister schloß mit einem Hoch auf die mitwirkenden Frauen. Hildebrandt-Berlin dankte den Münchener Kollegen. — Abends finden Festvorstellungen statt.

Handels- und Verkehrs-Nachrichten.

— **Spiritushandel.** Die ständige Deputation der Berliner Produktenbörse hat in ihrer Sitzung vom 6. d. beschlossen, die neuen Bedingungen für den Handel in Spiritus auf Lieferung (Spiritus einschl. Gebinde mit 70 und mit 50 M. Verbrauchsabgabe, Spiritus ohne Gebinde mit 70 und mit 50 M. Verbrauchsabgabe) nicht erst vom Juni 1894, sondern schon vom Januar 1894 an in Kraft treten zu lassen. Da der Beschluß des Plenums des Aeltesten-Kollegiums finden dürfte, erscheint es zweckmässig, die Geschäfte auf Januar 1894 und spätere Termine mit Bezugnahme auf die neuen Bedingungen abzuschliessen.

— Die Handelskammer zu Frankfurt a. M. beschloss, die Aktien der Oesterreichischen Staatsbahn vom nächsten Dienstag ab wieder zur offiziellen Notiz zuzulassen.

— **Elektrische Centralen.** Mit 12 gegen 9 Stimmen beschloss der Gemeinderath von Stuttgart, die Errichtung eines Elektricitätswerkes um fünf Jahre, nämlich bis zum Uebergang der Gasanstalt an die Stadt, zu verschieben.

— **Neue Aktien-Gesellschaften.** Unter der Firma »Baumwollweberei Mittweida« ist eine Aktien-Gesellschaft mit einem Kapital von 600,000 M. gegründet worden. Es sollen zunächst 500 mechanische Webstühle und nach deren Inbetriebsetzung weitere 50) zur Aufstellung gelangen. — Unter der Firma »Bergmann & Co., Aktien-Gesellschaft für Isolir-Leitungsröhren und Spezial-Installationsartikel in Berlin, ist die genannte Firma in ein Aktienunternehmen mit einer Million Mark Kapital umgewandelt worden.

— Herr August Sternberg lässt aus Paris mittheilen, dass irgend welche Transaktionen, welche die Weimarische Bank schädigen könnten, nicht vorgekommen seien, und die Bank sich in geordneten Verhältnissen befinde. Eventuell werde dies in der Generalversammlung bestätigt werden. Sein Konto bei der Weimarischen Bank sei durch gute Papiere und Hypotheken mehr als überdeckt.

— **Concordia,** Kölnische Lebens-Versicherungs-Gesellschaft. Die Geschäfts-Entwickelung in der ersten Hälfte dieses Jahres kann als eine recht befriedigende bezeichnet werden. Vom 1 Jan. bis 30. Juni wurden 1720 Personen mit 3,851,460 M. Kapital und 10,511 M. Jahresrente neu versichert, 132 Personen mit 305,310 M. Kapital mehr als im gleichen Zeitraume des Vorjahres. Der reine Zuwachs in diesem Jahre beträgt bis jetzt 4³/₁₀ Millionen M. Der gesammte Versicherungsbestand betrug am 1. d. M. 35,254 Personen mit 206,889,323 M. Kapital und 383,363 M. Jahresrente. An Sterbekapitalien sind seither ausgezahlt worden 64,537,369 M.

— Oesterreichisch-Ungarische Ernte-Aussichten. Pest, 8. Juli. Saatenstandsbericht vom 1. Juli. Die Getreidearten haben sich trotz elementarer Schäden im allgemeinen gebessert. In den letzten zwei Wochen hat sich der Weizen um 4⁸/₁₀, der Roggen um 3⁷/₁₀, die Gerste um 3⁶/₁₀ und der Hafer um 1⁴/₁₀ gebessert. Das zu erhoffende Ernte-Ergebnis per Katastraljoch wird bei Weizen auf 6¹¹/₁₀₀ Metercentner (am 15. Juni 5⁸⁶/₁₀₀), bei Roggen auf 5²⁶/₁₀₀ (gegen 5⁷/₁₀₀), bei Gerste auf 6²⁵/₁₀₀ (gegen 6⁴/₁₀₀) und bei Hafer auf 5³⁹/₁₀₀ (gegen 5⁴⁰/₁₀₀ am 15. Juni) geschätzt. Der Ertrag von Kohlrepsistqualitativ wie quantitativ bedeutend schwächer als in frühern Jahren. Der Stand des Mais ist nicht überall zufriedenstellend.

— Russische Saaten. Der Stand des Getreides hat sich gegen den Stand vom 11. Juni in 694 Kreisen noch bedeutend gebessert. Das Sommergetreide steht in 386 Kreisen vorzüglich gegen 329 im Mai; in 159 Kreisen befriedigend, in 22 mittelmässig, in 7 schlecht; aus 20 Kreisen fehlen noch nähere Nachrichten. — Das Wintergetreide steht in 327 Kreisen vortrefflich, gegen 281 im Mai, in 191 Kreisen befriedigend, in 59 mittelmässig, in 12 schlecht; aus 7 Kreisen liegen noch keine Nachrichten vor.

— Der Direktionsrath der Oesterreichischen Lokal-Eisenbahn-Gesellschaft genehmigte den Ministerial-Erlass, durch welchen Formular- und Tilgungsplan der eventuell neu auszugebenden Sprozentigen Prioritäts-Anleihe von 70 Millionen Kronen mit der Massgabe, dass als Zahlstellen nur die vom Finanzministerium zu bestimmenden Staatskassen fungiren, zustimmend zur Kenntniss genommen. Damit ist das Uebereinkommen vom 31. Mai d. J., betreffend die Erwerbung der gesellschaftlichen Linien durch den Staat, zufolge Beschlusses der General-versammlung vom 29. Juni d. J. im Sinne dieses Uebereinkommens für die Gesellschaft bindend geworden.

— Ausfuhr nach Amerika. Aus dem Konsular-Distrikt Magdeburg wurden nach den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika im letzten Vierteljahre ausgeführt für 694,752 M. Waaren gegen 5 0,931 M. in 1892; aus dem Leipzig-Gerner Bezirke Waaren im Gesammtwerthe von 1,220,326.25 Dollars, 501,417.46 Doll. weniger als im zweiten Quartal 1892, welches letztere gegen 1891 bereits einen Ausfall von 296,255.09 Doll. aufgezeigt hatte. Das Fiskaljahr 1892/93 ergiebt jetzt die Totalziffer von 5,131,0°2.22 Doll. für die Ausfuhr seit 1. Juli 1-92. Der Ausfall gegen das vorhergehende Fiskaljahr beträgt 1,072,045.23 Dollars.

— Eisenbahn-Einnahmen. Danzig, 8. Juli. Die Einnahmen der Marienburg-Mlawkaer Eisenbahn betrugen im Juni nach vorläufiger Feststellung 127,000 M. gegen 101,600 M. nach vorläufiger Feststellung im Juni 1892, mithin 1893 25,400 M. mehr.

— Zahlungseinstellungen. Wien, 8. Juli. Die brünner Leinenfabrik von Franz Josef Hirsch gerieth in Konkurs. Die Schulden beziffern sich auf 250,000 Fl. — Ueber das Bankgesch ft Moritz Ed. Meyer in Berlin ist nunmehr Konkurs angemeldet.

Buenos Ayres, 7. Juli. [Telegr.] Goldagio 233,00.
Rio de Janeiro, 7. Juli. [Telegr.] Wechsel auf London 10¹⁶/₁₆.

Schiffsnachrichten.

Bremen, 7. Juli. Bewegungen der Dampfer des Norddeutschen Lloyd: Der Reichspostdampfer „Braunschweig", nach Ostasien bestimmt, ist am 6. d. in Hongkong angekommen, „Lahn", am 27. Juni von Bremen und am 28. Juni von Southampton abgegangen, ist am 5. d. in New York angekommen, „Darmstadt" ist am 5. d. von Baltimore nach der Weser abgegangen, der Reichspostdampfer „Oldenburg" hat am 5. d. die Reise von Neapel nach Port Saïd fortgesetzt, der Reichspostdampfer „Salier" hat am 5. d. die Reise von Neapel nach Genua fortgesetzt, „Aller", von New York kommend, ist am 6. d. auf der Weser angekommen, „Strassburg", am 30. Juni von Bremen abgegangen, ist am 6. d. in New York angekommen, der Reichspostdampfer „Preussen" hat am 6. d. die Reise von Southampton nach Antwerpen fortgesetzt. Die mittels des Reichspostdampfers „Salier" beförderte Post aus Australien (Abgang aus Adelaide am 31. Mai) ist in Neapel eingetroffen.

Dampfer der Hamb.-Am. P.-A.-Gesellschaft.

„Augusta Victoria", von Hamburg, am 7. d. in New York eingetroffen.

„Gellert", von New York, am 7. d. auf der Elbe eingetroffen.

„Fürst Bismarck", von New York, am 7. d. auf der Elbe eingetroffen.

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* Leipzig, 8. Juli. Weizen per 1000 kg netto inländischer 164—168 M. bez. u. Br., do. ausländischer —,—M. Höher. Roggen per 1000 kg netto inländischer 146—148 M. bez. u. Br., do. ausländischer —,—. Still. Gerste per 1000 kg netto Braugerste —,— M., do. Mahl- u. Futterwaare 127—130 M. bez. u. Br. Hafer per 1000 kg netto inländischer 181—187 M. bez. u. Br, do. ausländischer —.

* Nordhausen, 8. Juli. (Preise einschl. Maklergebühr.) Weizen 15,50—15,80 M., Roggen 15,00—15,50 M., Gerste 15,00—16,00 M., Hafer 18,00—18,25 M. per 100 kg.

* Hamburg, 8. Juli. Weizen loco fest, holsteinischer loco neuer 162—165. Roggen loco fest, mecklenburgischer loco neuer 150—154, russ. loco runig, Transito 110. Hafer fest. Gerste fest.

* Breslau, 8. Juli. Roggen per Juli 142,00, per Juli-Aug. —,—, per Sept.-Okt. 148,00.

* Stettin, 8 Juli. Weizen loco still, 150,00—153,00, per Juli 156,50, per Sept.-Okt. 161,50. Roggen loco ruhig, 131,00—139,00, per Juli 141,00, per Sept.-Okt. 145,50. Pomm. Hafer loco 161—168

* Wien, 8. Juli. Weizen pr. Herbst 8,18 Gd., 8,21 Br., per Frühjahr 8,58 Gd., 8,56 Br., Roggen per Herbst 7,13 Gd., 7,16 Br., per Frühjahr — Gd., — Br., Hafer per Herbst 7,03 Gd., 7,11 Br.

* Pest, 8 Juli. Weizen schwach, per Herbst 6,01 Gd., 8,02 Br. Hafer pr. Herbst 6,70 Gd., 6,72 Br.

* Amsterdam, 8. Juli. Weizen per Nov. 180. Roggen per Okt. 132, per März 134.

* Antwerpen, 8. Juli. Weizen behauptet. Roggen flau. Hafer flau. Gerste ruhig.

* New York, 8. Juli. (Telegr.) [Anfangsbericht.] Weizen per Sept. 76¹/₄.

Zucker.

* Hamburg, 8. Juli. (Vormittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt, Basis 88% Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Juli 18,45, per Aug. 13,52½, per Sept. 15,47½, per Dez. 15,22½. Stetig.

* Hamburg, 8. Juli. (Schlussbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88% Rendement neue Usance frei an Bord Hamburg per Juli 18,37½, pr. Aug. 18,50, pr. Sept. 15,45, pr. Dez. 15,17½. Ruhig.

* London, 8 Juli. 96% Javazucker loco 20½ ruhig. Rüben-Rohzucker loco 15¼ ruhig, raffinirter thätig. Centrifugal-Zucker —.

* Paris, 8. Juli. (Schluss-Bericht.) Rohzucker behauptet, 88% loco 48,50. Weisser Zucker ruhig, Nr. 3, pr. 100 kg, per Juli 50,50, per Aug. 50,87½, per Sept. 50,87½, per Okt.-Dez. 45,50.

* Antwerpen, 7. Juli. Sofort 45,50 Frcs., Juni-Aug. 45,75 Frcs. Okt.-Dez. 38,25 Frcs.

Kaffee.

* Hamburg, 8. Juli. Kaffee fest, Umsatz 3000 Sack.

* Hamburg, 8. Juli. (Vormittagsbr.) Kaffee Good average Santos pr. Juli 80½, pr. Sept. 80½, pr. Dez. 78½, pr. März 76½. Behauptet.

* Hamburg, 8. Juli. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Juli 81, pr. Sept. 80½, pr. Dez. 78½, pr. März 76½. Unregelmässig.

* Amsterdam, 8. Juli Java-Kaffee good ordinary 52.

* Havre, 8. Juli. Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Bericht der Hamburger Firma Reimann, Ziegler & Co.) Kaffee good average Santos per Sept. 99,00, pr. Dez. 97,00, pr. März 95,50. Unregelmässig.

Spiritus.

* Berlin, 8. Juli. (Amtlich.) Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 l à 100% gleich 10,000% nach Tralles. Gekündigt — l. Kündigungspr. — M. Loco ohne Fass —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe per 100 l à 100% gleich 10,000% nach Tralles. Gekündigt — l. Kündigungspreis — M. Loco ohne Fass 37 bez.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe per 100 l à 100% gleich 10,000% nach Tralles. Gekündigt — l. Kündigungspreis —,— M. Loco mit Fass — per diesen Monat —.

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Still. Gekündigt —,— l. Kündigungspreis —,— M. Loco mit Fass —,—, per diesen Monat und per Juli-Aug. 35,5—35,7 bez., per Aug.-Sept. 35,8—35,9 bez., per Sept.-Okt. 36,1 bez., per Okt.-Nov. —,—, per Nov.-Dez. 36,4—36,7 36,6 bez.

* Leipzig, 8. Juli. Spiritus (unversteuert) per 10,000 l % ohne Fass mit 50 M. Verbrauchsabg. 56,10 M. G., mit 70 M., do. 36,50 M. G.

* Posen, 8. Juli. Spiritus loco ohne Fass (50er) 54,90, do. 1000 ohne Fass (70er) 35,20. Fest.

* Stettin, 8. Juli. Spiritus loco unverändert, mit 70 M. Konsumsteuer 36,02, per Juli-Aug. 34,80, per Aug.-Sept. 35,20.

* Hamburg, 8. Juli. Spiritus loco matt, pr. Juli-Aug. 24¼ Br., pr. Aug.-Sept. 24⅜ Br., pr. Sept.-Okt. 24½ Br., per Okt.-Nov. 25½ Br.

* Breslau, 8. Juli. Spiritus per 100 l 100% ex. 50 M. Verbrauchsabgaben per Juli 56,00, do. do. 70 M. Verbrauchsabgaben per Juli 36,00, do. do. per Juli-Aug. —,—, do. do. per Aug.-Sept. —,—.

* Paris, 8. Juli. Spiritus ruhig, per Juli 46,50, per Aug. 46,75 per Sept.-Dez. 44,75, per Jan.-April 44,75.

Petroleum.

* Stettin, 8. Juli. Loco 9,15.

* Hamburg, 8. Juli. Petroleum loco still, Standard white loco 4,65 Br., per Aug.-Dez. 4,90 Br.

* Antwerpen, 8. Juli. [Schluss-Bericht.] Raffinirtes Type weiss loco 18½ bez. und Br., per Juli 12½ Br., per Aug. 12½ Br., per Sept.-Dez. 12½ Br. Ruhig.

* Bremen, 8. Juli. (Börsen-Schluss-Bericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Fasszoll frei. Ruhig. Loco 4,75 Br.

* New York, 8. Juli. (Telegr.) [Anfangs-Kurse.] Petroleum Pipeline certificates pr. Aug. —,—.

Oelsaaten. Oele. Fettwaaren.

* Berlin, 8. Juli. (Amtl.) Rüböl per 100 kg mit Fass. Termine ruhig. Gek. —,— Ctr. Kündigungspr. —,— M. Loco mit Fass — M., ohne Fass — M., per diesen Monat — M., per Juni-Juli —,—, per Juli-Aug. —, per Aug.-Sept. —, per Sept.-Okt. 46,5—46,6 bez., per Okt. — bez., per Okt.-Nov. 48,7—48,6 bez., per Nov.-Dez. 49,00 M., per April-Mai 1894 49,7 bez.

* Leipzig, 8. Juli. Raps per 1000 kg netto —,—. Rapskuchen per 100 kg netto —,— M. Rüböl per 100 kg netto ohne Fass 49,00 M. nom. Leblos.

* Stettin, 8. Juli. Rüböl loco ruhig, per Juli 48,51, per Sept.-Okt. 48,50.

* Breslau, 8. Juli. Rüböl per Juli 50,00, pr. Sept.-Okt. 50,50.

* Köln, 8. Juli. Rüböl loco 54,00, per Okt. 51,70.

* Bremen, 8. Juli. Schmalz steigend. Shafer —,— Pf., Wilcox 51 Pfg., Choice Grocery —,— Pfg., Armour 51 Pfg., Cudahy —, Rohe & Brother (pure) 51½ Pfg., Fairbanks 41 Pfg.

* Hamburg, 8. Juli. Rüböl (unverzollt) matt, loco 50.

* Pest, 8. Juli. Kohlraps per August-Sept. 15,65 Gd., 15,75 Br.

* Paris, 8. Juli. Rüböl fest, per Juli 57,2½, pr. Aug. 57,75, per Sept.-Dez. 58,25, per Jan.-April 59,25.

Mehl.

* Berlin, 8. Juli. (Amtl.) Roggenmehl Nr. 0 u. 1 per 100 kg brutto inkl. Sack. Termine fest. Gek. 1250 Sack. Kündigungspreis — M., per diesen Monat und per Juli-Aug 18,90 bez., per Aug.-Sept. —, per Sept.-Okt. 19,50 bez., per Okt.-Nov. 19,60 bez., per Nov.-Dez. 19,70 bez.

* Berlin, 8. Juli. Weizenmehl Nr. 00 22,00—20,00 bez., Nr. 0 19,75—17,75 bez. Feine Marken über Notiz bez.

Roggenmehl Nr. 0 u. 1 19,0 —18,25 bez., do. feine Marken Nr. 0 u. 1 20,25—19,00 bez., Nr. 0 1,5 M. höher als Nr. 0 u. 1 per 100 kg brutto inkl. Sack.

Oelsaaten. Oelkuchen.

Neuss a/Rh., 7. Juli. (Original-Wochenbericht von Jonas-Hoffmann.) Die Forderungen für indische Rübölsaaten, Leinsaaten und Erdnüsse wurden auch während dieser Woche erhöht, jedoch waren infolge des sich weiter verschlechterten Verhältnisses derselben zu den Preisen der betreffenden Oele keine Abschlüsse möglich. Inländische Raps und Rübsen sind noch ohne nennenswerthes Angebot. Rüböl und Leinöl matter. Erdnussöl still. Oelkuchen gefragt und anziehend. — Tagespreise bei Abnahme von Parthien: Rüböl ohne Fass 50,00 M., Leinöl ohne Fass — M. für 100 kg. Rübkuchen 120 M., Leinkuchen 164 M., Erdnusskuchen (haarfrei) 138 M. für 1000 kg.

* Hamburg, 7. Juli. Palmkuchen, deutsche 115—117 M., Cocosnusskuchen, deutsche 149—151 M., Baumwollsaatkuchen 135—133 M., Erdnusskuchen 135—155 M. je nach Qual., Rapskuchen 125—127 M., Leinkuchen 144—140 M., Palmkernschrot 96—93 M., für 1000 kg. Rüböl matt, loco 49½ M. Br. Leinöl schwach, loco 48½ M. Br.

Viehmärkte.

Berliner Viehmarkt. Berlin, 8. Juli. Städtischer Central-Viehhof. (Amtlicher Bericht der Direktion.) Heute standen zum Verkauf: 3001 Rinder (darunter 21 Schweden), 5705 Schweine, 1154 Kälber und 16,119 Hammel. Am Rindermarkte erzielte bessere, nur schwach vertretene Waare (nur ca. 100 Stück zur I. und II. Klasse) etwas höhere Preise. Der Markt wickelte sich langsam ab und wird nicht geräumt. I. 55—58, II. 50—54, III. 47—47, IV. 32—39 M. für 100 Pfd. Fleischgewicht (d. i. das Gewicht der vier Viertel, auf welche der für das Stück gezahlte Preis, aber nach Abzug des durchschnittlichen Werthes von Haut, Kopf, Füssen, Eingeweiden oder »Kram« usw. vertheilt worden ist). — Schweine wurden bei angemessenem Export langsam ausverkauft. I. 53, ausgesuchte Posten darüber, II. 51—52, III. 47—49 M. für 100 Pfd. Lebendgewicht mit 20 Proz. Abzug (Tara). — Der Kälbermarkt verlief gleichfalls langsam, wenn auch zu etwas gehobenen Preisen. I. 50—55, ausgesuchte Waare darüber, II. 44—49, III. 35—45 Pf. für das Pfund Fleischgeewicht. — Auch am Hammelmarkte war die Tendenz zögernd und langsam und wurde, wenngleich sich für Magervieh (ca. 500 Stück angeboten) einige Nachfrage zeigte, nicht ganz geräumt. Gesucht und mitunter noch über Notiz bezahlt waren leichte, nicht fette, aber kernige Lämmer. I. 35 bis 38, beste Lämmer bis 40, II. 30—34 Pf. das Pfund Fleischgewicht. Magerhammel waren nicht ganz so vernachlässigt wie bisher.

Chemische Produkte.

Magdeburg, 7. Juli. (Bericht von Lutze & Heimann.) Chilesalpeter. Der Salpetermarkt hat in der abgelaufenen Woche, auf die neunmehr endgiltig bekannt gewordenen Abladungszahlen für Juni, die nur 36,500 tons betragen haben, eine haussearige Bewegung durchlebt und ist ständig in weiterer Steigerung. Man sieht wenig Vorräthe und die Westküste erhöhte wegen guter Nachfrage ihre Preise, die auch willig bezahlt werden. Sämmtliche Termine schliessen gegen die Vorwoche wesentlich höher und notiren wir: Juli-Aug. 8,37½ M., Aug.-Sept. 8,45½ M., Okt.-Nov. 8,55 M., Jan.-Febr. 1894 8,80 bis 8,82½ M., Febr.-März 1894 8,90 bis 8,92½ M. frei Fahrzeug Hamburg.

* London, 7. Juli. Chilisalpeter 9 sh. 1½ d. für gewöhnliche, 9 sh. 3½ d. für chemische Sorten.

Metalle.

* Breslau, 8. Juli. Zink —,—.

* Amsterdam, 8. Juli. Banczinn 55.

* New York, 7. Juli. Zinn Straits 18,80 Doll. Eisen Nr. 1 Coltness 21,75 Doll.

Produktenbörse zu New York,

am 8. Juli. (Telegr.)

Rother Winterweizen loco 73¼. Rother Weizen pr. Juli 72⅞, pr. Aug. 74⅛, pr. Sept. 76⅞, pr. Dez. 82. Kaffee Rio Nr. 7, 17, low ord. pr. Juli 16,15, per Okt. 16,00. Zucker (Fair refining Muscovados) 3¾. Mais (New) per Juli 48⅞, pr. Aug. 49⅞, pr. Sept. 50⅞. Mehl (Spring clears) 2,25. Getreidefracht 3¼. Schmalz loco 10,80, do. (Rohe & Brothers) 10,50. Raff. Petroleum Standard white in New York 5,05, do. Standard white in Philadelphia 5,00 Gd. Rohes Petroleum in New York 4,90, do. Pipeline Certificates, pr. Juli. — Matt. Baumwolle in New York 8, do. in New Orleans 7¼. Kupfer 10,50.

Weizen eröffnete sehr fest und stetig steigend auf Käufe der Haussiers und Deckungen der Baissiers, sowie auf Käufe für den Export und ungünstige Ernteaussichten in Amerika und auf Berichte über Ernteschäden ausserhalb. Schluss fest.

Mais anfangs sehr fest und einige Zeit nach Eröffnung steigend, entsprechend der Steigerung des Weizens, dann lebhafte Reaktion auf höhere Ernteschätzungen, worauf wieder Erholung folgte, da die Exportfrage zunimmt und die Baissiers decken. Schluss fest.

* New York, 8. Juli. Der Werth der in der vergangenen Woche eingeführten Waaren betrug 10,249,403 Dollars gegen 8,003,213 Dollars in der Vorwoche, davon für Stoffe 2,612,927 Dollars gegen 2,211,856 Dollars in der Vorwoche.

Produktenbörse zu Chicago,

am 8. Juli. (Telegr.)

Weizen pr. Juli 65⅞, pr. Aug. 67⅞. Mais pr. Juli 41⅛. Speck short clear nom. Pork pr. Juli 13,10.

Weizen den ganzen Tag steigend mit wenigen Reaktionen auf ungünstige Ernteberichte aus Kansas und niedrigere Schätzungen der Ernte in Europa.

Mais eröffnete sehr fest, fiel aber bald wieder auf günstige Ernteberichte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18930710024/fragment/page=0004